

108. Ordentlicher Landesparteitag am 5. Januar 2012 in Stuttgart

Antragsliste

Nr.	Antragsteller	Thema
L	Landesvorstand	Neue grün-rote Finanz- und Wirtschaftspolitik
S 1	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 2	Sascha Fiek und Junge Liberale	Satzungsänderung/ Änderung der Geschäftsordnung
S 3	Dr. Wolfgang Weng und andere	Satzungsänderung
S 4	Liberale Frauen	Satzungsänderung/ Änderung der Geschäftsordnung
S 5	Liberale Frauen, Dr. Wolfgang Weng und andere	Satzungsänderung/ Änderung der Geschäftsordnung
S 6	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 7	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 8	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 9	Sascha Fiek und Junge Liberale	Satzungsänderung
S 10	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 11	Strukturkommission	Satzungsänderung
S 12	Strukturkommission	Satzungsänderung/ Änderung der Geschäftsordnung
S 13	Dr. Wolfgang Weng und andere	Änderung der Geschäftsordnung
S 14	Junge Liberale	Änderung der Geschäftsordnung
S 15	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 16	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 17	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 18	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 19	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 20	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 21 A	Strukturkommission	Änderung der Geschäftsordnung
S 21 B	Sascha Fiek und Junge Liberale	Änderung der Geschäftsordnung

108. Ordentlicher Landesparteitag am 5. Januar 2012 in Stuttgart

Antragsliste

Nr.	Antragsteller	Thema
1	Bezirksvorstand Ostwürttemberg	Auflösung des Bezirksverbands Ostwürttemberg und Neuordnung der Kreisverbände des bisherigen Bezirks
2	Landesfachausschuss Innen und Recht	Für einen liberalen Rechtsstaat mit menschlichem Gesicht - eine liberale Positionierung in der Innen- und Sicherheitspolitik
3	Kreisverband Baden-Baden	Liberale Kulturpolitik
4	Kreisverband Lörrach	Einführung der Campusschule
5	Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit	Sicherstellung der zukünftigen ärztlichen Versorgung durch die Verbesserung der Delegation
6	Sibylle Laurischk und andere	Moderne Infrastruktur braucht klare Prioritäten
7	Liberale Hochschulgruppen	Größere Wahlfreiheit beim Praktischen Jahr im Medizinstudium - Damit unsere Jungärzte im Land bleiben
8	Liberale Hochschulgruppen	Plagiate in der Wissenschaft nachhaltig bekämpfen
9	Michael Theurer und Kreisverband Freudenstadt	Europapolitik in Fokus rücken
10	Michael Theurer und Kreisverband Freudenstadt	Haushaltskonsolidierung muss oberste Priorität haben
11	Bezirksverband Neckar-Alb	Chancen für Langzeitarbeitslose - Schritte zum Bürgergeld gehen
12	Pascal Kober, Hartfrid Wolff und andere	Lohnuntergrenzen - im Sinne der Menschen und ordnungspolitisch korrekt
13	Junge Liberale	Leben in der Digitalen Gesellschaft
14	Junge Liberale	Schultrojaner stoppen!
15	Junge Liberale	Parlamentarische Kontrolle bei Rüstungsexporten stärken
16	Kreisverband Zollernalb	Für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz
17	Hedwig Jundt und andere	Bildungspolitik
18	Hedwig Jundt und andere	Familienpolitik
19	Jan Sachs und andere	Finanzpolitik
20	Klaus Brodbeck und andere	Internetdemokratie

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. L

Betr.: **Neue Finanz- und Wirtschaftspolitik:
ein grün-roter Offenbarungseid**

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Nicht erst die derzeitigen weltweiten Turbulenzen rund um ausufernde Defizite verschiedener Staaten haben gezeigt, wie wichtig eine solide Finanzpolitik ist. Gelingt es nicht, die Schulden auf einem tragfähigen Niveau zu halten, gerät die Stabilität unserer Volkswirtschaft und unserer Währung in Gefahr. Nicht zuletzt deshalb hat Deutschland bereits vor der Krise ein Verschuldungsverbot ins Grundgesetz aufgenommen. Dafür haben gerade Liberale aus Baden-Württemberg lange gekämpft. Wir haben in unserer Regierungsbeteiligung im Land dafür gesorgt, dass das Land 2008 und 2009 erstmals seit 1972 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt hat. Daran gilt es jetzt anzuknüpfen. Ziel muss es nicht nur sein, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, sondern auch den Schuldenstand des Landes zu reduzieren.

Die Voraussetzungen dafür sind günstig: Die gute wirtschaftliche Lage, mit einem unerwartet hohen Wachstum, einem kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und dem inzwischen höchsten jemals erreichten Beschäftigungsstand in Deutschland bringt für den Landeshaushalt weit über den Erwartungen liegende Steuereinnahmen mit sich. Die Nettosteuerereinnahmen des Landes liegen im Vergleich zum vor einem Jahr verabschiedeten Haushalt 2011 um mehr als 2 Milliarden Euro höher. Für 2012 werden darüber hinaus noch einmal 1,1 Milliarden mehr als in der Steuerschätzung vom vergangenen Mai erwartet. Die Landesregierung kann dafür nichts; aber sie profitiert davon.

Dessen ungeachtet hat sich die Landesregierung erst dann zu ausgeglichenen Haushalten 2011 und 2012 bekannt, als dies – jedenfalls für 2011 – gar nicht mehr zu vermeiden war. Und sie tut konsequent nichts, um Vorsorge für die kommenden Jahre zu treffen, in denen die Steuereinnahmen vielleicht nicht mehr so sprudeln werden wie zurzeit. Strukturell wirksame Einsparungen fehlen im Haushaltsentwurf 2012 fast vollständig.

Neue Stellen werden geschaffen: etwa 200 in den Ministerien, das entspricht einem Zuwachs von rund 7%, im Wesentlichen für grüne und rote Parteigänger. Hinzu kommen noch einmal 200 weitere Stellen in nachgeordneten Bereichen der Ministerien. Gleichzeitig werden Stellenabbauprogramme der Vorgängerregierung gestreckt und das Konzept der Schaffung flexibler Lebensarbeitszeitkonten wird beiseite gelegt.

Die Personalausgaben steigen deswegen. Dafür soll die große Masse der Beamtinnen und Beamten zahlen, denen im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten des Landes eine Verschiebung der Gehaltsanpassung um bis zu acht Monate und eine erhebliche Schlechterstellung bei der Beihilfe zugemutet wird.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1
2 Auch die Belastung künftiger Haushalte durch Pensionsleistungen wird damit weiter
3 erhöht. Gleichwohl hat Grün-Rot es abgelehnt, jetzt für künftige Pensionsleistungen
4 stärker Vorsorge zu treffen, indem die Zuführungen zum 2008 geschaffenen Pensi-
5 onsfonds des Landes erhöht werden. Selbstbedienung der eigenen Parteigenossen
6 statt Generationengerechtigkeit für Baden-Württemberg: das ist das Motto der Perso-
7 nalpolitik dieser Regierung.

8 9 **Keine Rede mehr von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit**

10
11 Von strukturellen, dauerhaft wirksamen Einsparungen ist plötzlich keine Rede mehr,
12 weder für 2011 noch für 2012. Die Reden der Oppositionszeit scheinen vergessen.
13 Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in der Haushaltswirtschaft sind auf eine
14 fernere Zukunft vertagt. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes auch in der baden-
15 württembergischen Landesverfassung zu verankern, früher eine ständig wiederkeh-
16 rende Forderung des Abgeordneten Kretschmann, scheint nicht mehr opportun.

17
18 Die Aussagen der Landesregierung, das Verschuldungsverbot des Grundgesetzes
19 erst zum letztmöglichen Termin 2020 einzuhalten, stellt das Land auf eine Stufe mit
20 den Oberschuldenmachern dieser Republik. Das hat Baden-Württemberg nicht ver-
21 dient. Wir jedenfalls halten daran fest, die Schuldenbremse des Grundgesetzes und
22 das harte Schuldenreglement, das wir 2008 in die Landeshaushaltsordnung aufge-
23 nommen haben, jetzt auch in der Landesverfassung zu verankern, und das nicht erst
24 mit Wirkung ab 2020, sondern sofort. Im März wird es im Landtag zum Schwur kom-
25 men.

26
27 Und zum Schwur kommen wird es auch bei der Vorlage der mittelfristigen Finanzpla-
28 nung 2011 – 2015, die zeigen wird, ob die Landesregierung die Vorschriften der Lan-
29 deshaushaltsordnung ernst nimmt und erste Tilgungsraten für die Kreditaufnahme des
30 Krisenjahres 2010 einplant.

31 32 **Steuererhöhungen trotz eines Rekordniveaus bei den Steuereinnahmen**

33
34 Die Grunderwerbsteuer wurde um mehr als 40 Prozent erhöht, von 3,5 auf 5%. Das
35 belastet insbesondere junge Familien. Denn sie sind es, die oft für eine eigene Woh-
36 nung oder ein kleines Häusle hart sparen, um für die Zukunft vorzusorgen. Gerade bei
37 jungen Familien ist die finanzielle Situation oft angespannt, die Finanzierung der ei-
38 genen vier Wände auf Kante genäht. Und genauso leidet die mittelständische Wirt-
39 schaft. Die dringend benötigten Fachkräfte werden vom Zuzug abgeschreckt, anste-
40 hende Betriebsübergaben werden erschwert. Die Grunderwerbsteuererhöhung trifft
41 auch die Kommunen Baden-Württembergs, die in einem harten überregionalen Wett-
42 bewerb mit Kommunen in angrenzenden Bundesländern wie Hessen und Bayern ste-
43 hen. Dort beträgt die Grunderwerbsteuer weiterhin 3,5 % vom Kaufpreis.

44
45 Und dann verwendet Grün-Rot das Mehraufkommen aus der Grunderwerbsteuerer-
46 höhung (geschätzt 355 Millionen für 2012) nicht vollständig zur Finanzierung des
47 Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern, sondern zweigt 25 Millionen für
48 die Wohnraumförderung ab, getreu dem Motto aller Staatsgläubigen, dass es besser

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch 2

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 sei, den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen und es ihnen
2 anschließend in Teilen zurückzugeben, als dieses Geld den Bürgern zur Verwendung
3 in eigener Verantwortung zu belassen.

4
5 Viele Kommunen in Baden-Württemberg haben die Mehreinnahmen fest eingeplant
6 und werden vergeblich auf die Zuflüsse warten. Das Land ist damit kein verlässlicher
7 Partner der Kommunen.

8 Das, was Grün-Rot für den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern in der
9 Koalitionsvereinbarung vollmundig in Aussicht gestellt hat, bleibt zu großen Teilen un-
10 bearbeitet: Zwar steigen die Zuweisungen des Landes für den Ausbau der Kleinkind-
11 betreuung stark an. Von einer vollständigen Verbindlichkeit des Orientierungsplans
12 mit einer in den Alltag der Kinderbetreuungseinrichtungen integrierten frühen Sprach-
13 förderung ist aber keine Rede mehr. Zudem erweist sich die plakativ angekündigte
14 Beteiligung des Landes an den Kosten der Kommunen für die Schulsozialarbeit als
15 Mogelpackung. Gerade mal 15 Millionen Euro will das Land den Kommunen zur Fi-
16 nanzierung der Schulsozialarbeit bereitstellen. Hier löst sich ein Wahlversprechen von
17 Grün-Rot, wie der Tropfen auf den heißen Stein, sprichwörtlich in Luft auf.

18
19 Grün-Rot beherrscht das Geschäft der unseriösen Haushaltspolitik: die Steuern wer-
20 den kräftig erhöht, das Mehraufkommen mit großem Medienaufwand neu verteilt. Die
21 Landesregierung schafft es dabei nicht, selbst in Zeiten der besten wirtschaftlichen
22 Rahmenbedingungen den Schuldenberg abzutragen. Sobald sich die konjunkturelle
23 Lage verschlechtert, steuert das Land gnadenlos in die Schuldenmacherei! Für eine
24 seriöse Haushaltspolitik bedarf es einer mühsamen Auseinandersetzung zwischen
25 vorrangigen und nachrangigen Ausgaben. Neue Schwerpunkte im Haushalt müssen
26 durch Umschichtungen und Streichungen an anderer Stelle finanziert werden – diese
27 Kunst der Haushaltspolitik beherrscht Grün-Rot offensichtlich nicht. Diese grün-rote
28 Schönwetterpolitik stößt sofort an ihre Grenzen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung
29 nicht mehr so positiv verläuft, wie es zurzeit der Fall ist.

30 31 **„Wünsch Dir was“ oder Schönwetterpolitik ohne Perspektive**

32
33 Zu dieser Schönwetterpolitik passt es, keine ernsthaften Anstrengungen zu unter-
34 nehmen, den Länderfinanzausgleich im Sinne von mehr Gerechtigkeit, Solidarität und
35 Leistungsorientierung zu verändern. Eine Klage des Landes, wie sie von der Vorgän-
36 gerregierung gemeinsam mit Bayern und Hessen vorbereitet worden war, ist uner-
37 lässlich, wenn ernsthafte Verhandlungen erreicht werden sollen. Mit einer Strategie
38 des Kuschens statt Kämpfens wird die Landesregierung baden-württembergischen In-
39 teressen nicht gerecht.

40
41 Und zu dieser Schönwetterpolitik passt es auch, dass die hohen Überschüsse des
42 Jahres 2011 nicht zum Tilgen der Schulden verwendet werden, sondern stattdessen in
43 die Rücklage fließen - ohne klare Zweckbindung und nur, um sie später für beliebige
44 Zwecke verwenden zu können. Über 500 Millionen € Schulden hätten 2011 getilgt
45 werden können.

46 47 **Wirtschaftspolitik findet nicht statt**

48
 angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 Die Zusammenlegung von Finanz- und Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg
2 durch die grün-rote Landesregierung geschah ausschließlich aus koalitionsarithmeti-
3 schen Überlegungen zu Lasten unseres Landes. Seitdem findet keine Wirtschaftspoli-
4 tik in Baden-Württemberg mehr statt, die diesen Namen verdient. Baden-Württemberg
5 ist in Gefahr, seinen Spitzenplatz unter den Bundesländern in Sachen Wirtschafts-
6 entwicklung und Innovation zu verlieren.

7
8 Dialogorientierte Wirtschaftspolitik findet nicht statt, obwohl die neue Regierung sich
9 dies als Politikstil auf die Fahnen geschrieben hat. Ansprechpartner der Wirtschafts-
10 organisationen ist neuerdings die dritte Ebene der Wirtschaftsverwaltung. Das „Su-
11 perministerium“ entwickelt sich zum „Bürokratiemonster“: Entscheidungsprozesse
12 sind stark verlangsamt, Dienstwege haben sich verdoppelt. Wirtschaftspolitische Ent-
13 scheidungen unterstehen dem Diktat der Finanzpolitik und der Denkungsart der Fi-
14 nanzbeamten. Während andere Bundesländer ihrem Wirtschaftsministerium einen he-
15 rausgehobenen Status zumessen, wurde dieses Ressort in Baden-Württemberg ziel-
16 strebig marginalisiert.

17
18 Statt ein starkes Infrastrukturministerium durch die Zusammenführung der Ressorts
19 Wirtschaft und Verkehr zu schaffen, hat die Landesregierung diese Zukunftschance
20 aus niedrigen koalitionspolitischen Erwägungen verspielt.

21 22 **Der Weg der FDP: Zukunftsfähigkeit statt Schulden- und Gefälligkeitspolitik**

23
24 Die bisherige Finanz- und Wirtschaftspolitik von Grün-Rot wirkt konzeptlos, dient
25 grün-roter Klientelbefriedigung und ist im Grunde eine Offenbarung. Wenn der Geld-
26 regen der Konjunktur versiegt, steht die Regierung vor den Scherben ihrer Politik.

27
28 Die FDP Baden-Württemberg fordert:

- 29
- 30 • die Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Umschichtungen im
31 Haushalt, um den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern gleichwohl fi-
32 nanzieren zu können. Hierfür böte sich etwa unter anderem die Umwidmung des
33 Landeserziehungsgeldes an.
 - 34
 - 35 • ein Verschuldungsverbot entsprechend den Regelungen der Landeshaushaltsord-
36 nung in der Landesverfassung zu verankern - mit Wirkung für den nächstmögli-
37 chen Haushalt.
 - 38
 - 39 • Haushaltskonsolidierung durch strukturelle Einsparungen.
 - 40
 - 41 • Vorsorge für künftige Pensionsleistungen durch Aufstockung der Leistungen an
42 den Pensionsfonds des Landes.
 - 43
 - 44 • verbindliche Verabredungen mit den Berufsverbänden und Gewerkschaften des
45 öffentlichen Dienstes und die Wiederaufnahme des Modells flexibler Lebensar-
46 beitszeitkonten mit Einspareffekten von anfänglich etwa 20 Mio. €, die sich jährlich
47 um etwa denselben Betrag erhöhen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 4

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20

- den Einsatz der noch vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des Jahres 2011 (ca. 400 Mio. €) für die Schuldentilgung.
- Gerechtigkeit, Solidarität und Leistungsorientierung im Verhältnis zwischen den Ländern. Wir befürworten deshalb eine Klage des Landes gegen den Länderfinanzausgleich, um Gespräche über einen neuen Finanzausgleich überhaupt zu ermöglichen.
- an den erfolgreichen Kurs der Privatisierung von Landesbeteiligungen, anzuknüpfen, etwa durch die Veräußerung des Landesanteils an der LBBW nach einer erfolgreichen Restrukturierung der Bank und den Verkauf der Anteile des Landes an der EnBW, vorrangig an Stadtwerke und regionale Energieversorger.
- Wirtschaftspolitik wieder zur Chefsache zu machen und dieser zentralen Regierungsaufgabe wieder den Stellenwert einzuräumen, den es in einem wirtschaftlich so starken Land wie Baden-Württemberg dringend innehaben muss.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 5

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 1

Betr.: **Auflösung des Bezirksverbands Ostwürttemberg und
Neuzuordnung der Kreisverbände des bisherigen Bezirks**

Antragsteller: Bezirksvorstand Ostwürttemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

1. Der Bezirksverband "Ostwürttemberg" wird aufgelöst.
2. Der Kreisverband Ostalb wird dem Bezirksverband Stuttgart, die Kreisverbände Heidenheim, Alb-Donau und Ulm werden dem Bezirksverband Neckar-Alb zugeordnet.
3. Diese Neuordnung tritt zum 31.03.2012 in Kraft.

Begründung:

Der jetzige Bezirksverband Ostwürttemberg besteht aus den Kreisverbänden Ostalb, Heidenheim, Alb-Donau und Ulm. Er umfasst somit Kreisverbände, die nicht nur verschiedenen Regierungsbezirken angehören, sondern darüber hinaus vor allem wenig politische und inhaltliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Der Kreisverband Ostalb ist aufgrund der geografischen Lage und der verkehrlichen Anbindungen bereits stark an die Metropolregion Stuttgart angebunden - die drei übrigen Kreisverbände sind eher regional ausgerichtet mit Ulm als Oberzentrum.

Infolgedessen hat es in den vergangenen Jahrzehnten de facto wenig Zusammenarbeit, weder auf organisatorischer noch auf inhaltlicher Ebene gegeben. Auch gemeinsame Positionen zu Themen bei den Landesparteitagen konnten kaum erarbeitet werden. Zunehmend wird es infolge dessen schwieriger, die Mitglieder zu politischem Handeln zu mobilisieren.

Hinzu kommt, dass seit der letzten Neuwahl des Landesvorstandes der Bezirk nicht mehr durch ein Mitglied des Bezirksvorstandes oder durch einen Delegierten des Bezirksparteitags im Landesvorstand vertreten ist. Damit sind die Kreisverbände Heidenheim, Alb-Donau und Ulm vom Landesvorstand weitestgehend abgeschnitten.

Nach intensiven Diskussionen hat der Bezirksvorstand daher einstimmig bei einer Enthaltung für eine Auflösung des jetzigen Bezirksverbands gestimmt. Die Kreisverbände Heidenheim, Alb-Donau und Ulm haben für eine Neuordnung ihrer Kreise zu dem Bezirksverband Neckar-Alb gestimmt. Für den Kreisverband Ostalb bietet sich der Beitritt zum Bezirksverband Stuttgart an.

Die vorgeschlagene Neuordnung entspricht wesentlich besser den tatsächlichen regionalen Zugehörigkeiten und Interessen und erlaubt eine bessere Einbindung des bislang etwas im Abseits liegenden Ostens von Baden-Württemberg in die Landes-FDP.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1 Zudem ist mit dieser Änderung durch den Wegfall eines Bezirkes zugleich eine Straf-
2 fangung der Strukturen verbunden. Auch ist so von einer wieder steigenden Motivation
3 der Mitglieder auszugehen.
4

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 2

Betr.: Für einen liberalen Rechtsstaat mit menschlichem Gesicht
- eine liberale Positionierung in der Innen- und Sicherheits-
politik

Antragsteller: Landesfachausschuss Innen & Recht

Der Landesparteitag möge beschließen...

Sicherheit ist ein zutiefst menschliches Bedürfnis. Sicherheit - in unterschiedlichen Ausprägungen - ist deshalb ein globales Zukunftsthema und wird somit für eine vorausschauende Innenpolitik immer wichtiger. Die Sicherheitsthemen von heute sind aber nicht mehr zwangsläufig die von gestern. Und die Sicherheitsthemen von morgen werden uns wieder vor neue Herausforderungen stellen: Bereits jetzt werden regelrechte Cyber-Kriege zwischen Staaten im Internet geführt, für die wir in Deutschland nur unzureichend gerüstet sind. Die Kriminalität im WorldWideWeb ist seit Jahren steigend. Es geht dabei um unzählige Betrugsfälle jeden Tag, von Internet-Abzocke oder Pishing-Versuchen, aber auch von Kinderpornographie, rechtsradikaler Hetze oder islamistischem Terrorismus. „Crime goes Web“ - darauf werden wir eine Antwort finden müssen.

Wir werden uns die nächsten Jahrzehnte aber auch zunehmend mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir bei einer weltweit rapiden Urbanisierung die soziale Balance und damit auch die Sicherheit unserer Städte aufrecht erhalten können. Nicht nur die Gesellschaft, auch Städte driften sozioökonomisch auseinander. Die Antwort darauf kann und darf nicht nur der Ruf nach mehr Polizei, Videokameras und abgeschlossene Wohngebiete sein. Die Frage der Gentrifizierung ist eine Innenpolitische.

Nach wie vor ohne tragfähige humanitäre Antwort ist das Problem, wie Deutschland, wie Europa mit den Flüchtlingen aus Afrika und Asien umgeht. Viele von ihnen suchen Schutz und Sicherheit vor staatlicher Verfolgung, vor Krieg und einem Leben in abgrundtiefer Armut. Die Grenzzäune immer höher zu ziehen ist keine adäquate Zukunftsstrategie. Hier wird deutsche Innenpolitik zur „Weltinnenpolitik“. Ohne europäische oder internationale Zusammenarbeit z.B. in der Entwicklungspolitik, der Bekämpfung von Terrorismus, Organisierter Kriminalität wie Schlepperbanden oder bei rechtsstaatlichen, beschleunigten Verfahren, ohne zukunftssträchtige Strategie werden wir das Problem nicht lösen.

Ein weiteres Zukunftsthema für die Innenpolitik wird der Katastrophen- und Zivilschutz sein. Wie Fukujima uns gezeigt hat, können lokale Katastrophen globale ökologische, ökonomische und politische Wirkung entfalten. Diese Ereignisse sind dann auch nicht mehr mit lokalen oder regionalen Sicherheitskräften zu kontrollieren oder zu bewältigen. Staatsgrenzen schützen nicht mehr automatisch. Darauf gilt es sich vorzubereiten. Doch gerade da klaffen Sicherheitslücken, wie der neuste Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages vom Frühjahr 2011 zu den Folgen eines längerfristigen, großflächigen Stromausfalls feststellt. Unsere Infrastruk-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 tur ist mittlerweile so vernetzt und verletzlich, dass bereits ein großer Stromausfall,
2 beispielsweise hervorgerufen durch eine eingeschleuste Malware bei einem Energie-
3 versorger, zu einen Kollaps aller Systeme in Deutschland führen würde. Krankenhäu-
4 ser, Dialysezentren, Firmen – sie alle würden spätestens nach drei bis vier Tagen ih-
5 ren Betrieb aufgeben müssen. Mit allen, auch tödlichen Folgen.

6
7 Es werden voraussichtlich in den nächsten zehn, zwanzig Jahren, Themen in den in-
8 nenpolitischen Fokus rücken, über die bislang aus diesem Blickwinkel noch nicht
9 nachgedacht wurde, wie: die Sicherung der Transportwege, die Sicherung der Kom-
10 munikationsstruktur vor Netzattacken und nicht deren Kontrolle, oder eben Energiesi-
11 cherheit zu gewährleisten und zu schützen, die Sicherung von Krankenhäusern und
12 anderen Versorgungseinrichtungen im Krisenfall.

13
14 Diese Herausforderungen werden die National-Staaten vermutlich nicht mehr alleine
15 meistern. Eine neue deutsche Innenpolitik muss deshalb global denken und stärker
16 europäisch handeln.

17
18 Das alles sind Probleme eines Landes an der Schwelle zu einer offenen globalen
19 Kommunikationsgesellschaft, in der Wenige im positivsten Sinne viel bewegen kön-
20 nen, wie wir an den Protesten in Tunesien und Ägypten gesehen haben; wie wir aber
21 auch an den aktuellen Cyber-Attacken auf europäische Regierungscomputer und
22 Wirtschaftsunternehmen sehen. Eine solche offene, globale Gesellschaft bietet Chan-
23 cen aber eben auch Risiken, und viele Menschen haben Angst davor. Wir müssen
24 diese Ängste ernst nehmen und dürfen die Menschen damit nicht alleine lassen.

25
26 Wir müssen sagen, wie wir uns eine solche Gesellschaft vorstellen und ihr Regeln
27 und Werte geben. Das muss Politik leisten. Politik muss neue Leitbilder entwerfen und
28 die Mittel finden, diese Leitbilder zu erreichen. Politik hat eine Führungsfunktion und
29 bestimmt den Wertekanon einer Gesellschaft ebenso mit, wie sie ihn auch spiegelt.

30 31 32 **A. Liberale Grundsätze für eine deutsche Innen- und Sicherheitspolitik**

33
34 Wir setzen uns deshalb für eine liberale Sicherheitsarchitektur neuen Zuschnitts ein.
35 Gerade dann, wenn eine Partei in Regierungsverantwortung steht, muss sie definie-
36 ren, wie die Gesellschaft aussehen soll, die sie anstrebt und welche Konturen der
37 Staat haben soll, in dem diese Gesellschaft lebt. Dazu gehört auch, dass wir Liberalen
38 beginnen zu definieren, wie wir den Begriff „Sicherheit“ ausgestalten wollen. Dieses
39 Thema ist zu wichtig, um es den anderen Parteien zu überlassen, ohne den Grund-
40 satz nach einer liberalen Balance von Freiheit und Sicherheit aufzugeben.

41
42 Die Liberalen definieren sich noch zu sehr über die stete Verneinung. Wir haben jahr-
43 zehntelang einen Abwehrkampf gegen zu große staatliche Zugriffe und Übergriffe ge-
44 führt. Das war, und ist nach wie vor richtig, reicht aber angesichts der Zukunftsprob-
45 leme nicht mehr aus.

46
47 Wenn wir die innenpolitische Ausgestaltung eines Landes immer nur Anderen über-
48 lassen, überlassen wir denen auch die Deutungshoheit. Wir nehmen uns jede Mög-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 lichkeit des innenpolitischen Gestaltens, es bleibt uns nur die Verweigerungshaltung,
2 der Abwehrkampf.

3
4 Warum definieren wir nicht positiv, wie wir uns einen liberalen Rechtsstaat vorstellen?
5 Hier können wir uns an der Geschichte orientieren. Die ersten Liberalen des deut-
6 schen Vormärz waren häufig auch Staatsrechtler, die vielen Schriften ihre Vorstellung
7 eines liberalen Rechtsstaates definiert haben. Das sollte uns Vorbild sein.

8
9 Wir sind als Liberale aufgefordert, uns dieser Aufgabe zu stellen. Gerade in einer
10 Phase der Neuorientierung unserer Partei ist eine liberale Sicherheitsarchitektur ein
11 Thema, mit dem die FDP neue Wege beschreiten kann.

12 13 **B. Eine liberale Innen- und Sicherheitspolitik**

14
15 Wir glauben, dass eine neuen liberalen Sicherheitsarchitektur mit folgenden
16 Grundsätzen zu erreichen ist: Liberale Prävention und eine Stärkung der Bürgerge-
17 sellschaft, Effizienz & Effektivität der Behörden, Qualitätssteigerung der Aus- und
18 Weiterbildung und eine Stärkung der Handelnden, Flexibilität und eine Sicherheit mit
19 menschlichem Gesicht.

20
21 Anbei einige Vorschläge zur Umsetzung liberaler Ideen.

22 23 24 **I. Kriminalprävention von Menschen für Menschen – ein liberaler Ansatz**

25
26 Straftaten zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch in den letz-
27 ten Jahren wurde vermehrt eine Kultur des Wegschauens und Nichteinmischens pro-
28 pagiert.

29
30 Deshalb wollen wir die Präventionsarbeit wieder ins Bewusstsein der Gesellschaft ru-
31 fen. Eine Gesellschaft wird nicht besser oder sicherer durch Wegschauen, oder wenn
32 sich jeder nur um sich selbst kümmert. Eine reife demokratische Gesellschaft ist auch
33 mitverantwortlich für die Normen und Werte, die sie lebt und verteidigt – diese Aufga-
34 be kann nicht nur an die Polizei und an die Sicherheitskräfte delegiert werden. Denn
35 wer Verantwortung abgibt, läuft in Gefahr, sie ganz zu verlieren.

36
37 Nachbarschaftliches und familiäres Engagement (wie beispielsweise Schulwegbeglei-
38 tung von Kindern oder Hausbetreuung in Urlaubszeiten) hilft oft mehr, als der Kauf
39 von Vorhängeschlösser und Videokameras.

40
41 Die Werte eines demokratischen Rechtsstaates müssen von uns allen – und nicht nur
42 von der Polizei verteidigt werden. Ein beeindruckendes und vorbildliches Beispiel da-
43 für haben uns die Norweger nach den schrecklichen Verbrechen eines Einzeltäters
44 gegeben: Freiheit, Demokratie, Toleranz, Mitverantwortung und rechts-staatliche
45 Prinzipien muss in den Köpfen verankert werden, nicht nur in den Paragraphen. Si-
46 cherheitspolitik ist keine situative, an einzelnen Katastrophen ausgerichtete Politik,
47 sondern eine Politik, in der Freiheit und Sicherheit in eine richtige, dauerhaft akzep-
48 tierte Balance gebracht werden, so dass auch ein Amokschütze oder ein Terrorist die-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 se Balance nicht erschüttern kann und eine Beeinträchtigung rechtsstaatlicher und
2 demokratischer Institutionen erreicht.

3
4 Auch hier gilt: Bildung und Erziehung sind ein wesentliche Bestandteil gegen poten-
5 tielle kriminelle Karrieren. Verhaltensauffälligkeiten müssen deshalb so früh als mög-
6 lich erkannt und es muss altersgerecht gegengesteuert werden.

7
8 Auch Intoleranz wächst durch Ängste oder Unwissenheit, so dass Bildung und der ak-
9 tive Dialog der Kulturen zur regen Gesellschaftspolitik dazu gehören. Seid vielen Ge-
10 nerationen leben muslimische Zuwanderer in Deutschland. Nicht der Islam, nicht ir-
11 gendeine Religion und nicht die Zuwanderung, sondern die ideologische Verblendung
12 Einzelner ist die Ursache von Terror und Angst. Deshalb kann ein steter, an unseren
13 Werten, z.B. der Meinungs- und Pressefreiheit, der Gleichberechtigung von Frauen
14 oder bei der Verteidigung des Gewaltmonopols des Staates, selbstbewusst geführter
15 Dialog Verallgemeinerungen oder falschen Pauschalurteilen entgegenwirken.

16
17 Die liberale Prävention setzt deshalb bei Kindern, Jugendlichen aber auch gezielt
18 schon bei (jungen) Eltern an.

19
20 Ein wesentlicher Beitrag dafür kann die Präventionsforschung leisten und eine gute,
21 verpflichtende Aus- und Weiterbildung u.a. von Referendaren, Lehrern, Kindergärtne-
22 rinnen und Betreuern.

23
24 Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Kriminalprävention ist notwendig, der mit dem
25 Deutschen Präventionstag verknüpft wird. Er soll auch Leitzentrum des jährlich zu
26 erstellenden **Sicherheitsberichts für die Fortschritte in der Gewalt- und Kriminal-**
27 **prävention** werden. Ziel ist es, die Vernetzung von lokalen Erfahrungen auszubauen,
28 interdisziplinäre wissenschaftliche Erkenntnisse anhand von Praxiserfahrungen wei-
29 terzuentwickeln und den interdisziplinären Ansatz der Kriminalprävention auch inter-
30 national, voran zu treiben. Viel zu häufig arbeitet der Kriminologe und Jurist, der Psy-
31 chologe und Mediziner, der Betriebswirt und Wirtschaftsethiker oder der Soziologe
32 und Pädagoge nebeneinander her. Es bedarf einer Verknüpfung miteinander, um die
33 vielschichtigen Ursachen und Phänomene von Kriminalität erfassen und daraus Rück-
34 schlüsse ziehen zu können.

35
36 Zu einer vernünftigen Präventionsarbeit gehört auch der Auf- und Ausbau von ge-
37 waltpräventiven Netzwerken auf lokaler Ebene. Die Schlägerei unter Jugendlichen,
38 Graffiti-Schmierereien oder Ausgrenzungen in Schulklassen sind Anzeichen fehlender
39 bürgerlicher Werte und Zivilcourage. Lokale Netzwerke und Programme zur Stärkung
40 von Eltern, Jugendlichen und Kindern sollen mithelfen, Mobbing, Jugendgewalt und
41 Vandalismus zurück zu drängen. Das kann in Großstädten in Form von „Kiezläufer-
42 projekten“ geschehen. Hier zeigen mediationsgeschulte Ansprechpartner für Jugend-
43 liche, aber auch für Erwachsene in einem bestimmten städtischen Gebiet Präsenz.
44 Sie deeskalieren aufkommende Konflikte, auch im häuslichen Bereich, und sprechen
45 auffällige Jugendliche und Erwachsene an. Diese Kiezläufer oder (auch jugendliche)
46 Mediatoren an Schulen arbeiten eng mit der Polizei und Jugendämtern zusammen.

47
48 Klare Wertevermittlung und die Stärkung von Sozialkompetenz bei Kindern und Ju-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 4

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 gendlichen im Ehrenamt, ob im Sportverein, in der Schulgemeinschaft oder in Ret-
2 tungsorganisationen wie Jugendfeuerwehr, THW-Jugend oder beim Rettungsdienst,
3 sind Grundvoraussetzung für eine funktionierende Bürgergesellschaft.
4

5 Prävention kostet Geld. Wer aber hier spart muss beantworten, in welcher Gesell-
6 schaft er später leben will. Entscheidend ist dabei, dass nachhaltige Sicherheitspolitik
7 nur als umfassende Gesellschaftspolitik erfolgsversprechend sein kann.
8
9

10 **II. Effizienz und Effektivität der Behörden**

11
12 Unsere Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, erfolgreich und ef-
13 fizient zu arbeiten. Insbesondere, da schnell fortschreitende Entwicklungen in der
14 Kommunikationstechnologie dem Organisierten Verbrechen neue technische Mög-
15 lichkeiten der Begehung von Straftaten eröffnen. Uns geht es darum, die vorhande-
16 nen Stärken der einzelnen Sicherheitsbehörden durch ein besseres Zusammenspiel
17 zu nutzen, unbürokratische Abläufe auch für die Beschäftigten in den Behörden zu
18 schaffen und rechtsstaatliche Kontrolle zu vereinfachen sowie Reibungsverluste und
19 Doppelzuständigkeiten abzubauen.
20

21 Zwar wurden die bestehenden Doppelstrukturen im Dezember 2010 von einer Exper-
22 tenkommission des Bundesinnenministeriums geprüft, doch die aus der Prüfung ab-
23 geleiteten Reformvorschläge durch die Werthebach-Kommission sind nicht weitge-
24 hend genug, um wirkliche Synergieeffekte zu erzielen, und die Effizienz und Effektiv-
25 tät der Behörden zu steigern.
26

27 So sind beispielsweise bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des in-
28 ternationalen Terrorismus und deren konkreten Aktivitäten, sowohl das BKA als auch
29 die in Teilen die Bundespolizei zuständig und tätig – ebenso wie der Zoll z.B. über die
30 Bekämpfung des illegalen Finanztransfers, die Eindämmung der Schwarzarbeit oder
31 der „Schmuggelaktivitäten“ (Waffen, Menschenhandel, Drogen etc.). Damit über-
32 schneiden sich die Aufgaben an einem neuralgischen Punkt der Inneren Sicherheit,
33 was oft zu Doppeltätigkeiten und Effizienzverlusten führt. Der Zoll muss sich endlich
34 als Sicherheitsbehörde verstehen; die Zollbeamten sind mehr als nur die „Eingreif-
35 truppe“ der Steuer- und Sozialverwaltung. Wir wollen deshalb ganz konkret eine in-
36 tensive Zusammenarbeit der Zollvollzugsbehörde und der Bundespolizei in der Orga-
37 nisationsstruktur der Bundespolizei unter dem Dach des Innenministeriums. Finanziel-
38 le Nachteile der Zollvollzugsbeamten sind insofern diskriminierend und abzubauen.
39

40 Das Zollkriminalamt soll unter Leitung des Bundeskriminalamtes mit diesem zusam-
41 mengelegt werden. Die parlamentarische Kontrolle bleibt dabei mindestens bei dem
42 bisherigen Niveau erhalten; effektivere Kontrollgremien in Land und Bund stellen die
43 demokratische und rechtsstaatliche Überwachung sicher. Die Zentrale Unterstüt-
44 zungsgruppe Zoll (ZUZ) soll mit der GSG 9 der Bundespolizei zusammengeführt und
45 zu einer effektiven, auch technisch auf dem neusten Stand ausgestatteten Einheit u.a.
46 zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, zur Geiselnbefreiung und zum Antiter-
47 rorkampf ausgebaut werden.
48

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 5

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 Der Bundeswehreinsatz im Innern bleibt entsprechend der bisherigen Regelung im
2 Grundgesetz auf die Amtshilfe im Katastrophenfall unter ziviler Führung beschränkt.
3 Bei geringerer Personenstärke der Bundeswehr sind Maßnahmen zur Stärkung des
4 Ehrenamtes für die Fälle von Großschadenslagen von den Ländern dringend voran
5 zu treiben.
6

7 Der Bund übernimmt mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz. Ein Staatsver-
8 trag zwischen Ländern und Bund zur Einrichtung eines Inspektors für den Bevölke-
9 rungsschutz, der von den Ländern gestellt wird, wird angestrebt. Ziel soll es sein, für
10 länderübergreifende Großschadenslagen, z.B. bei einem Zusammenbruch kritischer
11 Infrastrukturen wie der Stromversorgung oder der IT-Strukturen, schnell und abge-
12 stimmt reagieren zu können. Zudem sind wesentliche Koordinationsaufgaben zwisch-
13 en den Ländern und zwischen Bund und Ländern z.B. bei der Bevorratung von
14 Medikamenten oder Katastrophenschutzmitteln, bei der Bevölkerungsschutzfor-
15 schung, der Ausbildung oder in der Einführung von technischen Standards und Mate-
16 rialien, z.B. bei einem bundesweiten Alarmierungssystem, zu übernehmen.
17

18 Die Trennung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit muss deutlicher her-
19 beigeführt werden. Amerikanisch anmutende, vermengende Organisationseinheiten
20 wie die Idee eines europäischen FBI verhindern klare Kontroll- und Aufgabezuwei-
21 sungen, sind wenig effektiv und rechtsstaatlich problematisch. Internationale, polizeilli-
22 che Maßnahmen wie z.B. die Schulungseinsätze in Afghanistan oder auf dem Balkan,
23 werden wie bisher unter maßgeblicher Beteiligung der Länder durchgeführt.
24

25 Die Struktur der Geheimdienste auf Bundesebene muss hinterfragt und effektiver ges-
26 taltet werden.

27 Denkbar ist dabei, die bestehenden drei Nachrichtendienste des Bundes mit einer
28 stärkeren Fokussierung schwerpunktmäßig mit der Auslandsaufklärung und der Be-
29 kämpfung des internationalen Terrorismus, der Proliferation und der Bekämpfung der
30 Wirtschaftsspionage neu zu organisieren. Der Militärische Abschirmdienst wird aufge-
31 löst und die notwendigen Kapazitäten auf das Bundesamt für Verfassungsschutz, auf
32 den Bundesnachrichtendienst und die Bundeswehr übertragen. Die Landesämter für
33 Verfassungsschutz sollten sich auf die Beobachtung des inländischen politischen Ex-
34 tremismus, beispielsweise des Rechts- und Linksextremismus, des Antisemitismus
35 sowie des Islamismus, konzentrieren. Dabei sind auch eine länderübergreifende Zu-
36 sammenarbeit der Landesämter für Verfassungsschutz voranzutreiben und die Koor-
37 dinierungsfunktionen des Bundes zu stärken.
38

39 Auf EU-Ebene ist die Zusammenarbeit, z.B. bei Frontex, zu verbessern. Nicht nur an
40 den Schengen-Grenzen ist ein europäischer Sicherheitsgedanke im Rahmen der
41 Freiheitsgrundrechte über eine stärkere Zusammenarbeit zu fördern – gerade um Kor-
42 ruptionsvorwürfen oder der Wahrung von unterschiedlichen Sicherheitskulturen in an-
43 deren EU-Ländern aber auch internationalen Aspekten der Kriminalitätsbekämpfung
44 (z.B. Schleuserkriminalität, Terrorismus) konstruktiv begegnen zu können. Frontex
45 braucht aber unabdingbar eine bessere rechtliche Grundlage für den Einsatz an den
46 Ostgrenzen oder im Mittelmeer. Rechtliche Grauzonen in der Zusammenarbeit mit
47 den (Grenz-)Polizeien einzelner Mitgliedsstaaten, z.B. beim Schutz von Menschenle-
48 ben einerseits aber auch bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität andererseits,

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 6

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 darf es nicht mehr geben.
2

3 Die Zusammenführung und effektivere Zusammenarbeit der genannten Sicherheits-
4 behörden verspricht in den wichtigen Feldern der Kriminalitätsbekämpfung bessere
5 Koordination zur Sicherheit der Bevölkerung, zur Stärkung der Kriminalitätsbekämp-
6 fung sowie zur Verhinderung weiterer Straftaten, insbesondere bei der Organisierten
7 Kriminalität.
8
9

10 **III. Qualitätssteigerung der Aus- und Weiterbildung der Sicherheitsbehörden**

11
12 Jede offene Gesellschaft hat Feinde. Das sind nicht nur die, die sie wieder abschaffen
13 wollen, sondern auch die, die sie zu kriminellen Zwecken missbrauchen. Beide Ten-
14 denzen finden sich in zunehmend und in erschreckendem Ausmaß im Internet. Die
15 Konsequenz daraus kann natürlich nicht heißen, das Internet abzuschaffen, oder die
16 offene Gesellschaft. Die Konsequenz heißt, kriminelle oder verfassungsfeindliche
17 Tendenzen aufzuspüren und ihre Urheber einem Gericht zuzuführen.
18

19 Aber nicht durch die vollautomatisierte Kontrolle des Internets, nicht durch die Vor-
20 ratsdatenspeicherung, nicht durch steigenden Einsatz von Bundestrojanern oder der
21 massenweise Überprüfung von Handydaten. Die geltende Gesetzeslage reicht aus
22 um dieses Ziel zu erreichen.
23

24 Was aber fehlt ist eine schlagkräftige Anzahl von sehr gut ausgebildeten Fachkräften,
25 die das bereits vorhandene Datenmaterial systematisch auswertet, analysiert und zu-
26 sammenführt. Die Personenzahl der Internetfahnder bei den Sicherheitskräften muss
27 deutlich erhöht werden. Digital wie analog ist die Polizeiarbeit die beste Möglichkeit,
28 präventiv agieren zu können.
29

30 Der Kernbereich exekutiven Handelns gerade in der Öffentlichen Sicherheit muss wei-
31 terhin durch eigene, hoheitlich tätige Kräfte ausgeführt werden können. Outsourcing
32 darf nur unter Beachtung strengster Sicherheitsanforderungen und unter ständiger
33 Kontrolle in einem klar definierten Bereich erfolgen.
34

35 Um die gegenwärtigen und zukünftigen Cyber-Kriege im Netz zu gewinnen, den Ha-
36 cker-Attacken anderer Staaten und den Trojanerangriffen krimineller Zirkel entgegen
37 treten zu können, bedarf es aber nicht nur einer personellen Aufstockung, sondern
38 auch einer Steigerung der Qualität der Aus- und Weiterbildung der bereits eingesetz-
39 ten Beamten. Gerade die Potenziale des technischen Datenschutzes, insbesondere
40 der Kryptographie brauchen entsprechendes Know-How, welches wir in deutschen
41 Behörden und in Deutschland sichern sollten.
42

43 Und um gute Fachkräfte frühzeitig für eine Laufbahn bei den Sicherheitsbehörden zu
44 interessieren, bedarf es neben finanzieller Anreize für diese „Digital Natives“, die qua-
45 si mit dem Internet aufgewachsen sind, auch gezielter, früh einsetzender Förderungs-
46 programme sowie Personalentwicklungskonzepte ab der Schule bis in die Universitä-
47 ten oder Ausbildungsstätten hinein. Es ist zu überlegen, wie eine künftige, attraktive,
48 anreizbezogene Tarifstruktur im öffentlichen Dienst aussehen könnte. Mehr Flexibili-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 7

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

tät, mehr Personalmanagement ist erforderlich, um überhaupt noch als attraktiver Arbeitgeber im Bereich der Sicherheit in Frage zu kommen.

IV. Flexibilität zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst

Um seine Weltsicht zu verändern und neues Wissen zu generieren, genügt oft ein anderer Blickwinkel. Mehr Flexibilität im Dienstrecht für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst ist dringend erforderlich. Vorbild ist dabei das neue Dienstrecht in Baden-Württemberg, das 2010 in Kraft getreten ist. Damit wird ein Wechsel von Beamten in die Privatwirtschaft und zurück erleichtert. Denn der Beamte behält seinen bereits erworbenen Pensionsanspruch bei. Statt der bisherigen, wenig attraktiven Nachversicherung bekommt er später ein so genanntes Altersgeld bezahlt. Das Gesetz ermöglicht auch einen befristeten Wechsel in die Privatwirtschaft mit anschließender Rückkehr. Solche Perspektivwechsel machen nicht nur die Beamtenlaufbahn attraktiver, sondern ermöglichen auch eine lebenslange Fortbildung „on the Job“

V. Für eine liberale Innere Sicherheit mit menschlichem Gesicht

Ein wichtiger Pfeiler unserer neuen Sicherheitsarchitektur ist, dass Sicherheit wieder ein Gesicht bekommt. In den letzten Jahren wurden die Behörden vor allem technisch aufgerüstet, aber vor allem in den Ländern personell abgebaut. Dadurch wurde Sicherheit anonym und statisch; die Polizei und Sicherheitskräfte wurde und werden zunehmend als „Gegenpol“ zur Bürgergesellschaft wahrgenommen – das zeigen die seit Jahren zunehmenden Angriffe auf Polizisten, aber auch auf Feuerwehren oder gar Rettungsdienste im Einsatz.

Die Sicherheitsbehörden aber müssen wieder als wichtiger Teil der gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsarchitektur wahrgenommen werden. Sie muss ihre Rolle als Ansprechpartner für die Ängste und Sorgen der Bürger zurückerhalten. Unsere Fußgängerzonen wurden zwar mit Überwachungskameras ausgestattet, aber jeder weiß, diese können Straftaten nur dokumentieren – aber nicht helfen.

Streifenpolizisten können das aber sehr wohl. Sie machen Sicherheit für den Bürger **erfahrbar** und **anfassbar**, und sie können **präventiv** Konfliktsituationen befrieden und Ansprechpartner für Hilfesuchende sein.

Wir wollen dass in den Innenstädten wieder vermehrt Fußstreifen der Polizei eingesetzt werden, deren Hauptaufgabe nicht Kontrolle, sondern Ansprechpartner für Bürger sein soll. Allerdings darf dies nicht zur Vernachlässigung weiterer Aufgaben der Polizei, z.B. in der Prävention oder bei der Bewältigung von internetbasierter Kriminalität, führen.

Ansprechpartner für die Sicherheit sollten zudem ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sein. Insofern ist auch das stärkere Werben um Migranten für die Mitarbeit in Sicherheitsbehörden deutlich voranzutreiben. Auch im Ehrenamt, z.B. bei der Feuerwehr oder im Rettungsdienst, ist die Integration von Migranten ein erheblicher Beitrag zur

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 8

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 mehr Vertrauen und Menschlichkeit im Umgang mit den Bürgern.
2

3 Die Bemühungen um klare Qualitätsstandards bei privaten Sicherheitsdienstleistern
4 sollen intensiviert werden. Personen im Sicherheitsgewerbe werden vielfach z.B. zum
5 Schutz von Gebäuden oder Einrichtungen eingesetzt und können sowohl als An-
6 sprechpartner und Konfliktmanager wichtiger Aufgaben übernehmen. Gerade bei
7 (sportlichen, privat organisierten) Großveranstaltungen müssen immer mehr Fanbe-
8 treuer oder auch private Ordner wichtige Aufgaben übernehmen. Allerdings brauchen
9 wir hierfür unabdingbar klare Qualitäts- und Sicherheitsstandards für den Einsatz sol-
10 cher Kräfte. Klare Kriterien für die regelmäßige Aus- und Fortbildung dieser Mitarbei-
11 ter darf nicht nur für öffentliche Auftraggeber Grundvoraussetzung sein.
12

13 Wer Sicherheit mit menschlichem Gesicht will, muss auch Menschen einsetzen und
14 zwar da, wo Menschen sind. Gebäude lassen sich heute technisch wunderbar schüt-
15 zen – aber wo Menschen Hilfe suchen, müssen auf der anderen Seite auch Men-
16 schen stehen, gut ausgebildete Sicherheitskräfte, die sich als Ansprechpartner ver-
17 stehen und oft – auch un-bürokratisch – kleine Probleme lösen und bei großen zu-
18 mindest weiterhelfen können. Das bedeutet mehr Personal und damit mehr Kosten.
19

20 Doch die ökonomischen Kosten einer unklaren Sicherheitslage und vernachlässigten
21 Prävention, der Absenkung des Sicherheitsgefühls oder der daraus folgenden fehlen-
22 den wirtschaftlichen Investitionsbereitschaft übersteigt vielfach die direkten Kosten.
23 Doch das sollte uns unsere liberale Sicherheit Wert sein. Weg vom „Sicherheitsobjekt“
24 hin zum Menschen, weg von einem gläsernen, überwachten Bürger hin zum aufmerk-
25 samen, verantwortlichen Bürger, der seinen Partner beim Sicherheitsfachmann findet.
26

27 **Damit würde auch der ursprüngliche, ergänzende Teil von Artikel 1 des Grund-**
28 **gesetzes wieder zur Geltung kommen, der im Chiemseer Entwurf noch vorhan-**
29 **den war und der später wegfiel: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht**
30 **der Mensch um des Staates willen.**
31

32 Begründung:
33 erfolgt mündlich
34

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 9

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 3

Betr.: Liberale Kulturpolitik

Antragsteller: Kreisverband Baden-Baden

Der Landesparteitag möge beschließen...

I.

Das kulturelle Leben in Baden-Württemberg ist reich und vielfältig. Es wird geprägt von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement (häufig im Ehrenamt), von kulturellen Aktivitäten der Städte und Gemeinden, von Beiträgen der Kirchen und Religionsgemeinschaften und von Medien, die ihren kulturellen Auftrag Tag für Tag qualifiziert erfüllen.

Dem Land Baden-Württemberg kommt demgegenüber eine subsidiäre, aber gleichwohl unverzichtbare Funktion zu: Es ist immer dann gefragt, wenn es gilt, kulturelle Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten, die landesweit wirken oder deren Unterhalt die Leistungsfähigkeit der anderen Akteure übersteigt.

Die wichtigsten Bereiche, in denen sich das Land allein oder als Partner anderer Akteure engagieren muss, sind

1. das Musik- und Tanztheater, das Schauspiel und die darstellende Kunst,
2. die Förderung des Dokumentarfilms und des Spielfilms,
3. die großen philharmonischen Orchester und Kammerorchester,
4. die Sammlung, Bewahrung und Vermittlung von Werken der bildenden Kunst,
5. die Pflege und Vermittlung der Landesgeschichte,
6. die großen wissenschaftlichen Bibliotheken und
7. die weit über Baden-Württemberg hinaus renommierten Museen für Naturkunde und für Völkerkunde.

Außerdem fördert das Land die kulturellen Aktivitäten der Städte und Gemeinden, privater Vereine und Stiftungen und der Kirchen sowie (mit der gebotenen Zurückhaltung) die kulturellen Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen und privaten Medien.

Schließlich trägt das Land die Verantwortung für die qualifizierte Aus- und Fortbildung jener Menschen, die haupt- oder nebenberuflich kulturell tätig sind. Es erfüllt diese Aufgaben durch die Einrichtung und den Betrieb von künstlerischen Hochschulen, Akademien und von besonderen kulturell ausgerichteten Studiengängen an den allgemeinen Hochschulen des Landes.

Die FDP strebt an, dass sich das kulturelle Leben in Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahrzehnten durch eine besondere Vielfalt der kulturtreibenden Institutionen und der kulturellen Inhalte auszeichnet. Wir brauchen das ehrenamtliche Engage-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 gement der Bürgerinnen und Bürger, die Aktivitäten von Sponsoren und Mäzenen, die
2 Beiträge der Kirchen und Religionsgemeinschaften und den kulturellen Anspruch der
3 Medien. Städte und Gemeinden dürfen sich auch in Zeiten knapper werdenden Gel-
4 des nicht aus ihrem kulturellen Engagement zurückziehen.

7 II.

8
9 Das kulturelle Engagement des Landes, der Städte und Gemeinden, der Kirchen und
10 der Medien wird sich in den nächsten Jahren neuen Herausforderungen zu stellen
11 haben:

12
13 8. Kulturelle Institutionen stehen in täglicher Konkurrenz zu Angeboten des
14 Sports, der kommerziellen Freizeitindustrie und der Unterhaltungsmedien, die
15 in gleicher Weise um die freie Zeit und die Zuwendung der Menschen werben.
16 Es ist nicht selbstverständlich, dass sich Niveau und Qualität auf diesem sehr
17 kundenorientierten Markt durchsetzen können.

18
19 9. Die Bereitschaft der Menschen, sich kulturellen Traditionen zu widmen, lässt
20 nach. Traditionelle kulturelle Inhalte und Angebote geraten in der
21 postmodernen Gesellschaft unter Legitimationsdruck.

22
23 10. Die Kosten für personalintensive kulturelle Dienstleistungen steigen stärker als
24 jene Beiträge und Entgelte, die die Menschen für ihre Inanspruchnahme zu
25 leisten bereit sind. Dies gilt besonders für die großen Kollektive wie Chöre und
26 Orchester.

27
28 11. Veränderte Rezeptionsgewohnheiten und steigende ästhetische Ansprüche
29 insbesondere bei jungen Menschen machen Anpassungen in der Präsentation
30 und der didaktischen Vermittlung kultureller Inhalte erforderlich.

31
32 12. In einer Zeit, in der die Zahl qualifizierter Menschen auf dem Arbeitsmarkt
33 knapper wird, verlieren die kulturschaffenden Berufe an Anziehungskraft auf
34 junge Menschen, die vor der Berufswahl stehen.

35
36 Gleichzeitig wächst die Bedeutung des kulturellen Angebots als maßgeblichem Faktor
37 für die Wahl des Lebensmittelpunkts von Familien und bei der Ansiedlung von Unter-
38 nehmen.

39
40 Die kulturellen Institutionen werden diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn
41 sie sich als flexibel und innovativ erweisen. Innovationen verlangen Kreativität und
42 Engagement, aber auch zusätzliche Ressourcen und eine verlässliche Infrastruktur.

43
44 *Die FDP hält es deshalb für notwendig, dass das Land – ebenso wie die anderen kul-*
45 *turtreibenden Institutionen – seinen Ressourceneinsatz in den Bereichen, in denen es*
46 *Verantwortung für das kulturelle Leben trägt, in den kommenden Jahren spürbar er-*
47 *höht, Defizite in der Infrastruktur beseitigt und neue Förderschwerpunkte mit innovati-*
48 *ver Tendenz definiert.*

49 angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

50

51 überwiesen an:

52 Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

III .

Neben der Zuständigkeit für seine kulturellen Institutionen und die Förderung der kulturtreibenden Bürgerinnen und Bürger hat das Land eine besondere Verantwortung für die kulturelle Bildung junger Menschen in den Schulen und an den Orten außerschulischer Bildung. Damit kulturelle Angebote nicht zu Monologen degenerieren und damit ihre lebendige Funktion verlieren, braucht es kulturell interessierte und versierte Menschen, die kulturelle Leistungen und Inhalte nachfragen und in Anspruch nehmen.

Das Wissen um kulturelle Traditionen, die interessierte und kritische Rezeption kultureller Angebote und die Neugier auf kulturelle Innovationen gehören zur Kernkompetenz, die jeder Schüler im Laufe seiner Schulzeit erwerben sollte. Dabei können die kulturellen Institutionen maßgebliche Hilfestellung leisten.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die kulturellen Einrichtungen des Landes noch mehr als bisher Angebote für Schülerinnen und Schüler konzipieren, dass die Schulen diese Angebote reichlich in Anspruch nehmen und Theater, Konzerte, Museen und wissenschaftliche Bibliotheken als Orte kultureller Bildung in das alltägliche Schulleben einbeziehen. Der regelmäßige Besuch von Theatervorstellungen und Konzerten, der Besuch im Museum oder die Nutzung einer Bibliothek müssen regulärer Bestandteil des Schullebens werden. Es ist unverständlich, warum viele Schulen die bereits vorhandenen theater- und museumspädagogischen Angebote nur sporadisch nutzen.

IV.

Die FDP sieht auf folgenden Feldern aktuellen Handlungsbedarf:

3. Bei den allgemeinbildenden Schulen zeichnet sich ein Defizit an qualifiziert ausgebildeten Musiklehrern ab. Die fünf Musikhochschulen sollten daher neben der von Ihnen zugesagten Schwerpunktbildung weitere Studienplätze für die Ausbildung von Musiklehrern für die Sekundarstufe I und II bereitstellen.
4. Es fehlen Ausbildungsangebote im gymnasialen Bereich für musikalisch hochbegabte Kinder und Jugendliche. Die FDP unterstützt die Einrichtung von speziellen Musikgymnasien im Land, die musikalisch hochbegabten Schülerinnen und Schülern ermöglicht, sich weiter zu qualifizieren und die Aufnahmeprüfung an den baden-württembergischen Musikhochschulen zu bestehen.
5. Die Zusammenarbeit zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Kultureinrichtungen des Landes und der Kommunen muss verbessert werden. Ein Theater- und Museumsbesuch je Klassenstufe sollte für alle Schulen obligatorisch werden.
6. Die Förderung der Jugendmusikschulen durch das Land hat sich bewährt und trägt dazu bei, qualifizierte Angebote nicht nur für musikalisch talentierte Kinder

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 zu schaffen. Die FDP hält es für erwägenswert, zur Förderung der Fähigkeiten
2 auf dem Gebiet der bildenden Kunst Jugendkunstschulen in gleicher Weise zu
3 fördern.

4 7. Die museums- und theaterpädagogischen Angebote der großen
5 Landeseinrichtungen müssen weiter ausgebaut und noch stärker auf die
6 Bedürfnisse der Schulen ausgerichtet werden.

7 8. Die FDP bekennt sich zur Landesförderung der Philharmonischen Orchester
8 und der Kammerorchester in Baden-Württemberg. Auch die vom
9 Südwestrundfunk unterhaltenen großen Klangkörper (z.B. das Radio-
10 Sinfonieorchester Baden-Baden) sind eine wichtige Bereicherung des
11 Kulturstandorts Baden-Württemberg und werden zu Recht aus
12 Rundfunkgebühren finanziert.

13 9. Für die Theaterlandschaft in Baden-Württemberg sind neben den beiden
14 Staatstheatern und den überwiegend vom Land finanzierten Landesbühnen die
15 neun kommunalen und die vielen freien Theater unverzichtbar. Die
16 Landesförderung der Kommunaltheater muss im Interesse der
17 Planungssicherheit der Kommunen durch langfristige Verträge (vergleichbar
18 dem Solidarpakt mit den Hochschulen) gesichert werden. Im Gegenzug
19 verpflichten sich die Städte mit Kommunaltheatern, die Zusammenarbeit mit
20 Schulen und die Versorgung der umliegenden Region zu intensivieren. Um das
21 breite Angebot der freien Theater dauerhaft zu sichern, muss die
22 Landesförderung für diese Theater deutlich verbessert werden.

23 10. Auch die Theaterlandschaft braucht geistige Anstöße und eine
24 wissenschaftliche Begleitung. Die FDP setzt sich für die Einrichtung
25 mindestens eines theaterwissenschaftlichen Lehrstuhls an einer baden-
26 württembergischen Universität ein.

27 11. Die Förderung des Produktionsstandorts Baden-Württemberg für Dokumentar-
28 und Spielfilme hat in der Vergangenheit nur mäßige Erfolge gezeigt. Art und
29 Höhe der Förderung müssen daher auf den Prüfstand, um hier nachhaltige
30 Verbesserungen zu erzielen.

31 12. Die FDP unterstützt die Förderung der „alternativen Kultur“ im Land als
32 Gemeinschaftsprojekt des Landes und der jeweiligen Sitzkommunen. Bei der
33 Förderung der soziokulturellen Zentren muss darauf geachtet werden, dass
34 kein „closed shop“ entsteht, der überkommene Strukturen vor notwendigen
35 Innovationen bewahrt und neue Aktivitäten schon im stadium nascendi
36 aushungert.

37 13. Das reichhaltige Angebot semi-professioneller und Amateurkultur und das
38 Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Brauchtumspflege gehören
39 zu Baden-Württemberg. Hier gilt es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten,
40 dass diese Aktivitäten auch in Zukunft unser Land prägen und mitgestalten.

41 14. Die Angebote der neun Landesmuseen sind nicht gleichermaßen attraktiv für
42 die Besucherinnen und Besucher. Jenen Landesmuseen, die ihre
43 Ausstellungen noch nicht modernisiert und an die gewandelten
44 Rezeptionsgewohnheiten angepasst haben, müssen die dafür notwendigen
45 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

46 15. In mehreren Landesmuseen behindert die Architektur der Gebäude eine
47 sinnvolle und zeitgemäße Museumspräsentation. Die Pläne zum Umbau und
48 zur Modernisierung der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe müssen zeitnah

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 4

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 umgesetzt werden. Das Stuttgarter Lindenmuseum braucht ein anderes,
2 moderneres Museumsgebäude, das die notwendigen Innovationen in den
3 Dauerausstellungen möglich macht.

4 16. Das Konzept der Großen Landesausstellungen hat sich in den letzten Jahren
5 sehr bewährt und zu attraktiven Ausstellungen geführt, die den Kulturstandort
6 Baden-Württemberg sichtbar gestärkt haben. Wir wollen, dass das Land in
7 Zukunft zwei bis drei große Landesausstellungen jährlich ermöglicht und
8 finanziert.

9 17. Die Landespolitik trägt eine besondere Verantwortung für die Geschichte des
10 Landes. Über das gelungene Projekt „Haus der Geschichte“ in Stuttgart hinaus
11 müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die
12 Landesgeschichte weiter zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse zu
13 publizieren. Die FDP schlägt vor, dass eine „Stiftung Landesgeschichte“
14 gegründet wird, die wissenschaftliche Arbeiten, Ausstellungen und
15 Publikationen zur Landesgeschichte fördert. Die hervorragenden Arbeiten der
16 Kommission für geschichtliche Landeskunde müssen der Öffentlichkeit besser
17 präsentiert werden.

18 18. Die FDP unterstützt die Absicht der Landesregierung, weitere Orte und Stätten
19 der Erinnerungskultur in Baden-Württemberg zu schaffen und zu gestalten.
20 Solche Stätten der Erinnerungskultur tragen unserer historischen
21 Verantwortung Rechnung und sind wichtige Beiträge zur Identität unseres
22 Landes.

23 19. Die beiden Landesbibliotheken in Stuttgart und Karlsruhe müssen ihre Arbeit
24 und ihre Angebote weiter modernisieren. Dazu bedarf es auch baulicher
25 Verbesserungen. In Stuttgart liegen Pläne zum Umbau und zur Erweiterung der
26 Landesbibliothek vor, deren Realisierung im Gegenzug Miet- und
27 Personalkosten in Millionenhöhe einsparen würde. Diese Pläne müssen zügig
28 umgesetzt werden.

29 20. Die vom Land heute schon gewährte Literaturförderung muss
30 öffentlichkeitswirksamer organisiert werden. Die FDP schlägt eine Aufwertung
31 der vom Land vergebenen Literaturpreise vor.

32 21. Die FDP unterstützt die Anstrengungen der öffentlich-rechtlichen
33 Rundfunkanstalten, durch kulturell anspruchsvolle Programme Beiträge zum
34 kulturellen Leben unseres Landes zu leisten. Während die Hörfunkprogramme
35 des SWR diesen kulturellen Grundversorgungsauftrag ernst nehmen und
36 erfüllen, weist das dritte Fernsehprogramm hier noch Entwicklungspotenzial
37 auf.

38 22. Ein unverzichtbares Element einer lebendigen Kultur sind die lokalen und
39 regionalen Tageszeitungen mit ihrer Berichterstattung über kulturelle
40 Aktivitäten. Die FDP sieht mit Sorge, dass diese wichtigen Medien
41 wirtschaftlich so unter Druck geraten, dass sie ihre Aufgabe als Lokomotiven
42 des gesellschaftlichen und kulturellen Diskurses manchmal nur noch
43 unzureichend erfüllen können. Der Gesetzgeber wird darauf zu achten haben,
44 dass er nicht durch unbedachte Entscheidungen die rechtlichen und
45 wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtert, die das Zeitungswesen in
46 unserem Land prägen und ermöglichen.

47 23. Die FDP unterstützt die Absicht der Landesregierung, eine weitere Bewerbung
48 aus Baden-Württemberg um die Kulturhauptstadt Europas möglich zu machen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 5

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1
2
3
4

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 6
.....
überwiesen an:
Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 4

Betr.: Einführung der Campusschule

Antragsteller: Kreisverband Lörrach

Der Landesparteitag möge beschließen...

Präambel

Das in der Vergangenheit bewährte dreigliedrige Schulungssystem wird von allen gesellschaftlichen Gruppierungen immer mehr in Frage gestellt, weil es den Anforderungen an die Bildung und Chancengleichheit in einer veränderten Gesellschaft nicht mehr Rechnung trägt. Es gilt daher eine Lösung zu präsentieren, die das Bewährte beinhaltet und dennoch neuen Wegen offensteht. Der Kreisverband Lörrach hat aus diesem Grund einen Arbeitskreis Bildung geschaffen, der sich intensiv mit der Suche nach einer alternativen Lösung beschäftigt hat. Die vorgeschlagene Campusschule bedeutet nicht, dass alle Schüler unter einem Dach unterrichtet werden müssen, sondern dass eine Durchlässigkeit und somit die Berücksichtigung der persönlichen Entwicklung der einzelnen Schüler und Schülerinnen zwischen den möglichen Schulabschlüssen nachhaltig gewährleistet werden muss.

Ein liberales Schulsystem hat folgende Kernanliegen:

- a) Leistungsstarke und –schwache Schüler bestmöglich individuell fördern unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessen und Neigungen
- b) Der Leistungsgedanke ist die zentrale Richtschnur unseres Bildungssystems
- c) Eigeninitiative und Selbstverantwortung bei der Wahl des Bildungswegs

Für ein zukunftsfähiges Schulsystem sind zusätzlich wichtig:

- d) Förderung der sozialen Kompetenz durch unterschiedliche Lerngruppen
- e) Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem
- f) Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Abschlüsse
- g) Elementare Kulturtechniken müssen von allen Schülern beherrscht werden

Bestehende Lehrpläne müssen entsprechend den neuen Anforderungen angepasst werden. Damit sich die Schüler und Schülerinnen intensiv mit den Grundlagen des Wissens beschäftigen können.

1. Schüler jeder Leistungsstärke unter einem Dach

Damit wird die Schule zum Querschnitt der Gesellschaft und die sozialen Kompetenzen werden optimal gefördert. Darüber hinaus ergeben sich Synergieeffekte im Bereich des Unterrichtsbetriebs (etwa könnte man auf Unterrichtsausfälle flexibler reagieren) und der Verwaltung.

2. Individuell fördern

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Die Schüler werden auf der Grundlage ihrer Vorleistung im jeweiligen Fach in drei Gruppen unterteilt. So können gezielt in zusätzlichen Unterrichtsstunden Schwächen in den für die Kulturtechniken relevanten Hauptfächern abgebaut werden, während leistungsstarke Schüler mehr Zeit für zusätzliche Bildungsangebote als Wahlpflichtfächer erhalten, die sie selbstständig nach ihren individuellen Neigungen auswählen können. Somit ergeben sich je nach Fach unterschiedlich gemischte Kurse, was die sozialen Kompetenzen fördert.

3. ***-,**- und ***-Kurse**

Leistungsstarke Schüler werden in sogenannten *****-Kursen** zusammengefasst, während leistungsschwache Schüler in ***-Kursen** gefördert werden. Zur Herstellung von Vergleichbarkeit wird ein einheitliches Curriculum für alle Kurse festgelegt. Um auf diesen einheitlichen Standard zu kommen, erhalten die ***-Kurse** in Deutsch und Mathematik 6 Wochenstunden, die **** -Kurse** 5 Wochenstunden und die *****-Kurse** 4 Wochenstunden in jedem Schuljahr. In den anderen Hauptfächern sind es 5,4 und 3 Wochenstunden. Nach jedem Schuljahr ist ein Wechsel des Kursniveaus möglich, was eine nahtlose Durchlässigkeit sowie die Redundanz von Versetzungen zur Folge hat.

4. **Einheitliche Prüfungen**

a) Hauptschulabschluss

Auf der Basis des einheitlichen Curriculums finden am Ende der 9.Klassenstufe für alle Schüler gleiche, zentrale Hauptschulabschlussprüfungen statt. Die Fähigkeiten in Mathematik, Deutsch und der ersten Fremdsprache werden schriftlich abgeprüft, während in einem weiteren Fach eine Präsentationsprüfung abgelegt werden muss. Neben den Prüfungsleistungen fließen auch alle Noten der Klassenstufe 9 mit ins Abschlusszeugnis ein. Ebenfalls im Zeugnis vermerkt werden alle Wahlpflichtfächer und die durchschnittlichen Sterneszahlen seit Klasse 5. Je nach Prüfungsleistung wird die Zulassung zur Klassenstufe 10 erteilt oder verweigert. Freiwillige Abgänge sind nach Klasse 9 jederzeit möglich.

b) Mittlere Reife

In Klassenstufe 10 finden nur noch **** -** und *****-Kurse** statt. Am Ende des Schuljahres finden analog zum Hauptschulabschluss Prüfungen statt. Je nach Prüfungsleistung wird die Zulassung zur Sekundarstufe II erteilt oder verweigert. Für besonders leistungsstarke Schüler (Noten und Sternchen) bietet sich die Möglichkeit, direkt nach der Klassenstufe 10 in die zweijährige Kursstufe einzusteigen und somit ein achtjähriges Gymnasium zu absolvieren. Für alle anderen Schüler, die die Zulassung zur Sekundarstufe II erhalten, wird eine Vorbereitungsklassenstufe 11 angeboten. Diese kann auch jederzeit freiwillig in Anspruch genommen werden. Somit ist eine Entscheidung zwischen G8 und G9 möglich.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1
2 c) Abitur
3

4 Die zweijährige Kursstufe mit den Abitursprüfungen bleibt wie bisher erhalten.
5
6
7
8

9 Begründung:

10
11 Es besteht eine unabweisable Notwendigkeit den Bereich „Bildung“ direkter in die
12 Wahrnehmung unser Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Das bedingt, dass wir uns
13 intensiv und vorurteilsfrei mit dem notwendigen Wandel in der Bildungslandschaft be-
14 beschäftigen müssen. Nur wenn wir es schaffen aus unserer Produktionsgesellschaft ei-
15 ne Wissensgesellschaft zu formen werden wir weiterhin im globalen Wettbewerb be-
16 stehen können. Das soll aber ausdrücklich nicht bedeuten, dass wir ausschließlich
17 die Schülerinnen und Schüler fördern wollen, die die Fähigkeit haben ihre Schullauf-
18 bahn mit dem Abitur abzuschließen. Wir sind der Meinung, dass jeder Mensch eine
19 realistische Chance haben muss sich mit seinen Fähigkeiten in der
20 Schule eine Grundlage für das Berufsleben zu schaffen. Das bedeutet insbesondere
21 auch, dass wir nicht mit einer Gleichmacherei beginnen dürfen, sondern differenziert
22 die Chancen schaffen sich zu bilden. Denn nicht jeder von uns hat zu Beginn seiner
23 Schulkarriere die Fähigkeit sich intensiv mit dem Lernen zu beschäftigen und entwi-
24 ckelt genau diese Fähigkeit erst im Laufe der Schullaufbahn. Genau diese Überle-
25 gung bildet die Grundlage für das vorgelegte Bildungskonzept. Es sind nicht nur
26 Akademiker, die unser Land benötigt, sondern auch Menschen, die den sich aus den
27 hochqualifizierten Arbeitsplätzen notwendigen Dienstleistungsbereich abdecken.
28

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 5

Betr.: **Sicherstellung der zukünftigen ärztlichen Versorgung durch die Verbesserung der Delegation**

Antragsteller: Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die Verbesserung der Delegation von medizinischen Aufgaben im Gesundheitswesen auf nicht-ärztliche Gesundheitsberufe kann eine wesentliche Stellschraube zur Sicherstellung der zukünftigen Versorgung sein und zudem die Attraktivität von nicht-ärztlichen Berufen wesentlich steigern. Der Landesparteitag möge daher beschließen:

- 1) Die FDP Baden-Württemberg begrüßt die bereits im Landespflegegesetz beschlossene Delegationsmöglichkeit von medizinischen Maßnahmen auf nicht-ärztliches Personal im Rahmen von Modellprojekten nach entsprechender Weiterqualifikation. Hierbei geht es um die sinnvolle Ergänzung zu Leistungen des ärztlichen Kernbereichs. Die abschließende ärztliche Verantwortlichkeit bleibt erhalten.
- 2) Die FDP-Landtagsfraktion wird gebeten, die Landesregierung aufzufordern, entsprechende Modellprojekte in Baden-Württemberg tatsächlich durchzuführen. Die Modellprojekte sollen auch ausarbeiten, welche Änderungen auf bundesgesetzlicher Ebene erforderlich werden, um ggf. die Möglichkeiten der Delegation weiter zu verbessern. Wesentlicher Bestandteil der Modellprojekte sollte die Grundlagenbildung zur späteren Bestimmung der delegationsfähigen medizinischen Maßnahmen sein. Daneben sollte es insbesondere um Fragen der erforderlichen Qualifikation, sowie notwendige Änderungen des Vergütungssystems gehen.

Begründung:

Die ambulante ärztliche Versorgung steht wegen der demografischen Entwicklung vor einer großen Herausforderungen. Auf der einen Seite ist die Zahl der Ärzte, die sich niederlassen, eher rückläufig. Beispielsweise geht die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg alleine für Baden-Württemberg davon aus, dass bis 2015 rund 500 Hausarztpraxen nicht nachbesetzt werden können. Auf der anderen Seite steigt die Anforderung an die Versorgung sowohl qualitativ wie auch quantitativ durch die zunehmende Zahl an älteren Patienten mit multimorbiden Krankheitsbildern. Fazit: Es gibt mehr Patienten mit eher steigendem Bedarf in Bezug auf die Qualität der Versorgung, für die der Arzt verantwortlich ist. Um Versorgungsengpässe vor allem in den ländlichen Räumen zu vermeiden, sollte darüber nachgedacht werden, inwieweit nicht-ärztliche Gesundheitsberufe in die Versorgung mit einbezogen werden können. Dafür gibt es bereits erste, Erfolg mit vielversprechenden Ansätzen, wie etwa das Verah-Modell des baden-württembergischen Hausärzterverbandes. Hierbei werden Praxishelferinnen weitergebildet, welche im Auftrag des Arztes und unter dessen Verant-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1
2
3
4
5
6

wortung bestimmte medizinische Leistungen erbringen können.

Die bereits mit dem Landespflegegesetz geschaffenen Möglichkeiten sollen in Projekten geprüft werden und anhand der Ergebnisse der weitere Handlungsbedarf herausgearbeitet werden.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 6

Betr.: **Moderne Infrastruktur braucht klare Prioritäten**

Antragsteller: Sibylle Laurischk, Martin Cammerer, Jens Hagen, Birgit Homburger,
Michael Link, Silvia Neumeister, Dr. Birgit Reinemund, Anita Rost,
Werner Simmling, Judith Skudelny und Hartfrid Wolff

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, eine klare Strategie im Zuge der Erstellung des neuen, ab 2016 gültigen, Bundesverkehrswegeplans zu verfolgen. Die Landesregierung muss dazu die geplanten Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg in eine klare Prioritätenfolge ordnen.

Die Prioritätensetzung soll sich dabei nicht nur an der üblichen Bewertungsmethodik orientieren, sondern darüber hinaus die folgenden Kriterien berücksichtigen:

- Ausbauprojekte, die dazu dienen, Gefahrstellen zu beseitigen, sind vorrangig.
- Die zukünftige Verkehrsinfrastruktur muss anwohnergerecht gestaltet werden. Deshalb sind Bauprojekte, die Anwohner von Verkehrsfolgen wie Lärm oder Abgasen entlasten, vorrangig.
- Lückenschlüsse und die Beseitigung von Störstellen für den Verkehrsfluss sind vorrangig.
- Die bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger erhöht die Effizienz der Gesamtverkehrsströme, sowohl im Personen-, als auch im Güterverkehr. Deshalb hat die Verkehrsträgernetzung Vorrang.
- Für die Baden-Württembergische Verkehrsinfrastruktur sind grenzüberschreitende Verkehrsströme von besonderer Bedeutung. Deshalb ist die bessere Vernetzung mit den Infrastrukturen unserer Nachbarländer von besonderer Bedeutung.
- Weiterhin liegen einige Regionen im „Infrastrukturschatten“. Diese ländlich geprägten Räume müssen besser an die Fernverkehrsflüsse angebunden werden.
- Der Mangel an leistungsfähigen Ost-West-Verbindungen im südlichen Landesteil muss dringend beseitigt werden.
- Der Ausbau von einzelnen Infrastrukturabschnitten kann auch geeignet sein, Alternativstrecken zu entlasten. Die Landesregierung ist aufgerufen, die Ausbauplanungen auf solche Effekte zu untersuchen. Ausbauplanungen sind dann einzustellen, wenn sie durch den Ausbau von Alternativrouten verzichtbar werden.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1
2
3
4
5
6

- Ausbauplanungen, die lange „in der Warteschleife“ verstaubten, sind erneut auf ihre aktuelle Erforderlichkeit zu überprüfen. Entsprechend müssen Planungen angepasst oder nicht weiterverfolgt werden.

Begründung:
erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 7

Betr.: Größere Wahlfreiheit beim Praktischen Jahr im Medizinstudium –
Damit unsere Jungärzte im Land bleiben

Antragsteller: Liberale Hochschulgruppen Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP/DVP Baden-Württemberg setzt sich für die Wahlfreiheit der Ausbildungsstätten im praktischen Jahr des Medizinstudiums ein. Die Ausbildung soll bundesweit an allen Krankenhäusern erfolgen können, die an eine Hochschule angegliedert sind und die Kriterien erfüllen, die von der Hochschule, an der der Student eingeschrieben ist, festgelegt werden. Wenn diese Kriterien erfüllt sind, besteht Anspruch auf Anerkennung der Leistungen. Die Ärztliche Approbationsordnung (ÄAppO) ist entsprechend zu ändern.

Begründung:

Durch die Approbationsordnung für Mediziner sind Medizinstudenten gezwungen, ihr Praktisches Jahr (PJ) entweder an Lehrkrankenhäusern der eigenen Universität oder an Krankenhäusern im Ausland, die einer Universität angegliedert sind, abzuleisten. Eine deutschlandweite Wahlfreiheit des PJ-Platzes existiert nicht.

Die wenigsten Hochschulen sind bereit, einen Hochschulwechsel zum PJ zuzulassen, somit bleibt den Studenten meist keine Chance, Mobilität auszuüben, selbst wenn diese bereit wären, ihre Universität zu wechseln und sich an einer anderen Universität zu immatrikulieren.

Bei der Vergabe von Assistenzarztstellen sind diejenigen im Vorteil, die in den entsprechenden Abteilungen bereits durch gute PJ-Leistungen aufgefallen sind. Durch die Einschränkungen im Praktischen Jahr entsteht bei der späteren Suche nach dem Wunscharbeitsplatz eine Benachteiligung.

Gleichzeitig werden Medizinstudenten, die eine differenzierte Ausbildung suchen, ins Ausland gedrängt. Viele möchten ihren Erfahrungsschatz durch einen Ortswechsel bereichern, ohne gleich die Universität wechseln zu müssen – daher bleibt ihnen nur der Gang ins Ausland. Die Konsequenz ist klar, denn wem es dort gefällt, der lässt sich dort auch nieder! Es dürfte demnach kein Zufall sein, dass sehr viele Jungärzte in die für das PJ beliebten Länder, wie z.B. die Schweiz oder Großbritannien, abwandern.

Mit der Änderung wäre das Landesrecht und die Hochschulautonomie gewahrt und den Studenten gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, sich für den für sie besten PJ-Platz zu bewerben.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 8

Betr.: Plagiate in der Wissenschaft nachhaltig bekämpfen

Antragsteller: Liberale Hochschulgruppen Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP/DVP Baden-Württemberg fordert, dass an allen Hochschulen im Land bei der Prüfung von Dissertations- oder Habilitationsschriften sowie allen weiteren wissenschaftlichen Arbeiten die Plagiatskontrolle, insbesondere durch den Einsatz technischer Hilfsmittel, intensiviert wird, um Plagiate in der Wissenschaft nachhaltig zu bekämpfen.

Begründung:

Es besteht Einigkeit in Wissenschaft und Gesellschaft, dass zur Prüfung der wissenschaftlichen Qualität einer Arbeit auch die Kontrolle der Hilfsmittel gehört. Gleichwohl traten in der näheren Vergangenheit immer wieder „Promotionskandale“ zu Tage. Insbesondere der technische Fortschritt ermöglicht es in der Gegenwart äußerst schnell und treffsicher Arbeitsinhalte aufzuspüren, die bereits Inhalt vorheriger Arbeiten waren und nicht als solche gekennzeichnet sind.

Der Imageschaden beschränkt sich insbesondere in diesen gesellschaftlich diskutierten Fällen nicht auf den betroffenen Wissenschaftler, sondern trifft Fachbereich, Universität und die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft an sich. Neben dem Ansehenschaden Plagiate der Wissenschaft auch unmittelbar. Wenn Altbekanntes als neues Forschungsergebnis verkauft wird, mindert sich mit jedem Plagiat die Innovationsleistung der Wissenschaft.

Die oben genannten technischen Möglichkeiten dürfen daher nicht erst von „Plagiatsjägern“ eingesetzt werden, sondern müssen bereits im Rahmen der ersten Kontrolle durch die ordentlichen Prüfer Anwendung finden. Nur durch das Etablieren einer gewissenhaften und effektiven Plagiatskontrolle während des Verfahrens können Plagiate nachhaltig bekämpft werden.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 9

Betr.: Europapolitik in Fokus rücken

Antragsteller: Michael Theurer und Kreisverband Freudenstadt

Der Landesparteitag möge beschließen...

Im Zuge der ersatzlosen Abschaffung des jährlich stattfindenden Bundeshauptausschusses zu europapolitischen Themen vor einigen Jahren, rückte die Europapolitik immer weiter aus dem Fokus der FDP. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken setzt sich der FDP Landesverband Baden-Württemberg dafür ein, dass eine dem damaligen Bundeshauptausschuss vergleichbare Plattform geschaffen wird. Alternativ hierzu könnte auch ein kompletter Tag des Bundesparteitags ausschließlich der Europapolitik gewidmet werden.

Darüber hinaus setzt sich der Landesverband für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene ein, die ein Perspektivpapier zur Zukunft der Europäischen Union erarbeiten und dem Bundesparteitag vorlegen soll.

Des Weiteren soll der Landesverband die Kreisverbände ermutigen, einen Europabeauftragten in den Kreisvorständen einzurichten.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Lissabon-Urteil klargestellt, dass die politischen Akteure eine Integrationsverantwortung tragen. Die FDP als Bürgerpartei muss hierbei konsequent vorangehen und die Zukunft Deutschlands in Europa aktiv und engagiert mit gestalten. Gerade wir als moderne Bürgerpartei müssen eine Brücke zwischen Europa und den Bürger in unserem Land schlagen.

Daneben nimmt die Europäische Union einen immer bedeutenderen Platz in der Gesetzgebung ein. Bezieht man sowohl die EU-Richtlinien, als auch die EU-Verordnungen mit in die Berechnung ein, so werden faktisch fast 80 % aller deutschen Gesetze von der EU vorgegeben. Entsprechend stark müssen wir uns mit den europapolitischen Themen befassen, um frühzeitig und vor allem rechtzeitig Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen zu können.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 10

Betr.: **Haushaltskonsolidierung muss oberste Priorität haben**

Antragsteller: Michael Theurer und Kreisverband Freudenstadt

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP spricht sich dafür aus, dass der Konsolidierung der Haushalte auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene nun absoluter Vorrang eingeräumt wird.

Das von der FDP geforderte Verschuldungsverbot in Deutschland hat zur Einführung einer Schuldenbremse geführt - jetzt geht es darum, diese Schuldenbremse in den Haushalten der Länder umzusetzen. Dies erfordert konstruktive Aufgabenkritik, Ausgabendisziplin und eine Verschlinkung unsere Bürokratien. Die FDP muss hierbei der Motor sein.

Die Europäische Union hat als einzige Ebene ein Verschuldungs-Verbot. Gleiches gilt jedoch nicht für die Haushalte der Mitgliedsstaaten. Zu welchen Konsequenzen dies für die gesamte Union führen kann, sehen wir an den Entwicklungen in einigen Nachbarländern während der letzten Monate. Die FDP fordert, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Haushalte durch Schuldenbremsen konsolidieren.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 11

Betr.: Chancen für Langzeitarbeitslose – Schritte zum Bürgergeld
gehen

Antragsteller: Bezirksverband Neckar-Alb

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass trotz der sehr guten konjunkturellen Entwicklung und trotz derzeit zahlreicher unbesetzter Stellen, die Arbeitslosigkeit im Bereich der Langzeitarbeitslosen nur sehr langsam sinkt. Gab es im Juli 2009 deutschlandweit 4,9 Millionen (Baden-Württemberg 338 983) erwerbsfähige Leistungsberechtigte im ALG II-Bezug (erwerbsfähige Hartz IV-Bezieher), so sank diese Zahl deutschlandweit bis zum Juli 2011 auf 4,6 Millionen (Baden-Württemberg 318 567 Menschen). Vergleicht man dies mit der Entwicklung bei den Arbeitslosengeld I-Beziehern, deren Zahl sich in den vergangenen Jahren fast halbiert hat (Juli 2009 1,21 Millionen/Juli 2011 632 955 deutschlandweit), wird offensichtlich, dass sich der Personenkreis der Langzeitarbeitslosen sehr viel schwerer tut.

Gleichzeitig müssen aufgrund der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung und der insgesamt sehr guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die absoluten Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik sinken. Dabei ist jedem klar, dass eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung nur bei einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit, das heißt auch der Langzeitarbeitslosigkeit gelingen kann.

Die Herausforderungen sind offenkundig. Langzeitarbeitslose brauchen besondere Qualifizierung und intensivere Betreuung. Im Haushalt ist jedoch nicht der Spielraum um allen Erfordernissen Rechnung tragen zu können. Die Arbeitsmarktprogramme, die Langzeitarbeitslose qualifizieren (insbesondere §§ 16d und 16e SGB II) sind erfolgreich, jedoch aufgrund des notwendigen Mitteleinsatzes nicht für alle zu finanzieren. Im Bundeshaushalt 2012 finanzieren wir Arbeitslosigkeit (Soziale Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende) mit 33 Milliarden Euro, für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit demgegenüber stehen nur 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Grundgedanke der FDP/DVP Baden-Württemberg war bisher immer, dass Arbeiten besser ist als Nichtarbeiten. Auf diesem Gedanken basiert auch das Modell des liberalen Bürgergeldes, das lieber Löhne steuerfinanziert aufstockt als die Menschen komplett im staatlichen Transferbezug zu belässt.

Die Umsetzung des liberalen Bürgergeldmodells ist jedoch in der Koalition mit der CDU/CSU im Bund derzeit nicht möglich. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen war es zwar gelungen einen Prüfauftrag für die Umsetzung des Bürgergeldkonzepts zu vereinbaren, letztlich ist seine Einführung aber an den hohen Kosten gescheitert. Nichtsdestotrotz sind mit der Möglichkeit zur Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung und einer Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen erste Schritte

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 des Bürgergeldmodells umgesetzt worden. Dabei wäre seine Einführung auch aus ar-
2 beitsmarktpolitischen Gründen mehr als sinnvoll. Denn Studien zeigen, dass es vor
3 allem reale möglichst betriebs- und arbeitsmarktnahe Qualifizierungen sind, die den
4 Menschen eine bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

5
6 Die erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Langzeitarbeitslose qualifi-
7 zieren möglichst betriebs- und arbeitsmarktnah. Geschieht dies in Form von Beschäf-
8 tigungszuschüssen, wird die Differenz, die zwischen der Produktivität des Einzelnen
9 und dem gezahlten Lohn besteht, durch Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausge-
10 glichen. Aufgrund der hohen Kosten für diese Programme werden die zur Verfügung
11 stehenden Mittel jedoch nie ausreichen, um jeden geeigneten Arbeitssuchenden über
12 ein solches Programm zu qualifizieren.

13
14 Der Weg, den die FDP/DVP Baden-Württemberg vorschlägt, um möglichst vielen
15 Menschen die Chance zur Qualifizierung nahe am ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen ist,
16 dass die steuerfinanzierten Leistungen (ALG II, Kosten für Unterkunft und Heizung,
17 Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherung) und das Arbeitsentgelt in einem Be-
18 trieb zu einem Lohn zusammengefasst werden.

19
20 Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Hauhaltstitel für die „passiven“ Sozialleistun-
21 gen zum Lebensunterhalt mit den „aktivierenden“ Leistungen der Arbeitsförderung
22 kombiniert werden können. Die bisherigen Ausgaben für Arbeitslosigkeit werden so
23 gebündelt für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ausgegeben. Diese Arbeits-
24 plätze können in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes gefördert werden oder für be-
25 sonders betreuungs- und qualifizierungsbedürftige Personen auch in herkömmlichen
26 Beschäftigungsgesellschaften. Hierzu ist ein Umdenken erforderlich: Arbeitsmarktför-
27 derung muss möglichst nah an der Perspektive erster Arbeitsmarkt ausgerichtet sein.
28 Eine gesetzliche Festlegung, dass geförderte Arbeitsverhältnisse zusätzlich, wettbe-
29 werbsneutral und im öffentlichen Interesse sein müssen, ist für ihren Erfolg hinderlich.
30 Dass geförderte Beschäftigungsverhältnisse ungeförderte Beschäftigungsverhältnisse
31 nicht verdrängen, kann vor Ort mit genauer Kenntnis des örtlichen Arbeitsmarktes
32 besser entschieden werden, als durch gesetzliche Bestimmungen oder zentrale Ver-
33 ordnungen.

34
35 Um dieses Ziel zu erreichen fordert die FDP/DVP Baden-Württemberg den Bund und
36 die Länder auf:

- 37
38 - die Möglichkeit zu schaffen, die finanziellen Mittel, die beim Bund und den
39 Kommunen für Arbeitslosengeld II-Bezieher vorgesehen sind, auch für Maß-
40 nahmen der Qualifizierung und Beschäftigung des Einzelnen einsetzen zu
41 können.
42 - die verbindliche Einrichtung der Beiräte in den Jobcentern bestehend aus den
43 lokalen Arbeitsmarktakteuren (Kammern, Gewerkschaften, Sozialverbände).
44 Diese sollen die Gewähr tragen, dass durch geförderte Arbeitsverhältnisse kei-
45 ne ungeförderten Arbeitsverhältnisse verdrängt werden.
46
47

48 Begründung:

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1 Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3
.....
überwiesen an:
Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 12

Betr.: Lohnuntergrenzen – im Sinne der Menschen und
ordnungspolitisch korrekt.

Antragsteller: Pascal Kober, Hartfrid Wolff, Harald Leibrecht, Dr. Horst Mehr-
länder,
Dirk Niebel

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP bekennt sich zu Leistungsbereitschaft, sozialer Verantwortung und Tariffrei-
heit in der Marktwirtschaft. Lohnfindung ist und bleibt dem Grundsatz nach Aufgabe
der Tarifpartner. Sie darf niemals Ergebnis parteipolitischer Entscheidungen und so-
mit zum Spielball der Politik und der Wahlkämpfe werden.

Wir verschließen aber nicht die Augen, wenn aktuell 1.490.000 abhängig Beschäftigte
zu Löhnen von unter 5 Euro die Stunde arbeiten.

Wettbewerb auf Kosten der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer entspricht nicht
dem wirtschafts- und sozialpolitischen Ideal der FDP, die ausdrücklich Leistung aner-
kennt und deshalb den Wettbewerb über die Qualität der Produkte und Dienstleistun-
gen in besonderer Weise hochschätzt. Leitbild in der Marktwirtschaft ist für die FDP
der „ehrbare Kaufmann“, der Verantwortung gegenüber seinen Kunden, Mitarbeitern
und der Gesellschaft als ganzer lebt.

I.

Die FDP fordert daher, dem Beispiel Großbritanniens folgend, die Einrichtung einer
Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Wissenschaftlern,
die durch ihre Empfehlung eine Lohnuntergrenze festlegt und definiert, die für die Po-
litik bindend ist.

Dadurch wird gewährleistet, dass einerseits unabhängige Entscheidungen getroffen
werden können und die Tariffreiheit weitestgehend gewahrt bleibt, andererseits aber
alle wesentlichen Merkmale einer funktionierenden Marktwirtschaft Berücksichtigung
finden können.

Denn diese Kommission hat sich durch gesetzlichen Auftrag bei ihrer Empfehlung ent-
sprechend den ordnungspolitischen Vorgaben daran zu orientieren, dass

- a) keine Arbeitsplätze durch eine zu hohe Lohnuntergrenze verloren gehen;
- b) Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen werden können;
- c) immer die strukturellen Besonderheiten berücksichtigt werden können und
- d) die konjunkturelle Entwicklung der Löhne sowie die gesamtwirtschaftliche Lage
berücksichtigt werden.

So wird erreicht, dass Unternehmen nicht über Gebühr belastet, zugleich aber auch

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 die Arbeitsplatzchancen derjenigen, die auf der Suche nach Arbeit sind, berücksichtigt
2 werden.

3
4 II.

5 Die Zusammensetzung der Kommission erfolgt für die Zeit von drei Jahren in Anleh-
6 nung an das Schiedsgerichtsverfahren in §1035 Abs. 3 Zivilprozessordnung. Sie be-
7 steht aus 9 Mitgliedern. Eine Pattsituation ist damit ausgeschlossen, da die Mehrheit
8 entscheidet.

9 Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer schlagen je drei Kom-
10 missionsmitglieder aus ihren Reihen vor. Ein Wissenschaftler wird von Arbeitgeber-,
11 der zweite von Arbeitnehmerseite nominiert. Die Vertreter der Wissenschaft sollten
12 eine anerkannte volkswirtschaftliche wissenschaftliche Qualifikation vorweisen kön-
13 nen und aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistungen erwarten lassen, dass sie in
14 der Lage sind, umfassend die sozialen, arbeitsmarktpolitischen und ökonomischen
15 Auswirkungen von verbindlichen Lohnuntergrenzen einzuschätzen. Diese beiden no-
16 minieren einvernehmlich einen dritten Vertreter aus dem Bereich der Wissenschaft,
17 der eine gleichwertige Qualifikation mit sich bringt. Fehlt es hier an einer Einigung,
18 bestimmt den dritten Vertreter der Wissenschaft der Große Senat am Bundesarbeits-
19 gericht.

20
21 Dadurch ist sichergestellt, dass ein Einfluss der Politik auf die Zusammensetzung der
22 Kommission nicht möglich ist.

23
24 Auftrag der Kommission ist es, jährlich eine Empfehlung für eine Lohnuntergrenze un-
25 ter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung und Wettbewerb in
26 Deutschland auszusprechen. Die Entscheidung muss sorgfältig begründet werden.

27
28 Dabei ist die von der Kommission bestimmte Lohnhöhe für die Bundesregierung bin-
29 dend. Sie wird durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung umgesetzt.

30
31 Von dieser Lohnuntergrenze kann jedoch durch tarifliche Vereinbarungen abgewichen
32 werden, um auf regionale und branchenbezogene Besonderheiten Rücksicht nehmen
33 zu können.

34
35 Diese Regelung ersetzt die bisherigen Regelungen der Allgemeinverbindlichkeit nach
36 Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz.

37
38
39 Begründung:
40 Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 13

Betr.: Leben in der Digitalen Gesellschaft

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Kommunikation mittels digitaler Netze hat in den letzten Jahren eine neue Art von öffentlichem Raum geschaffen. Nicht nur Entfernungen, auch soziale Unterschiede rücken durch ihn zunehmend in den Hintergrund.

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert gesellschaftliche Prozesse und hinterfragt etablierte Wertvorstellungen. Hierin sieht die FDP Baden-Württemberg eine großartige Chance, diese Übereinkünfte - beispielsweise zum Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, aber auch zur Rolle von Privatsphäre, Datenschutz oder geistigem Eigentum - abseits rein technischer Fragen vorurteilsfrei neu zu diskutieren und so überfällige Veränderungen anzustoßen.

Die technischen Innovationen der letzten Jahre sorgen jedoch, wie jede Veränderung, deren konkrete Auswirkungen auf den menschlichen Alltag noch unbekannt sind, in Teilen der Bevölkerung für Zurückhaltung, Misstrauen und Rückbesinnung auf etablierte Verhaltensmuster und Strukturen. Dieses Spannungsfeld begreifen wir als Chance, durch fortwährende sachliche Diskussionen den Freiheitsgedanken in der Gesellschaft zu stärken.

Viele liberale Anliegen wie beispielsweise freier Zugang zu Informationen, Transparenz in der politischen Arbeit oder die einfache Möglichkeit, sich an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen, wurden durch die antiautoritäre Struktur des Internets bereits zu einem guten Stück verwirklicht. Fragen wie der diskriminierungsfreie Zugang zu digitalen Netzen, die Kanalisierung politischer Debatten in demokratische Entscheidungen oder die Rolle von Privatsphäre, Jugendschutz und geistigem Eigentum verlangen jedoch auch weiterhin nach politischen Antworten und damit liberaler Einflussnahme. Deshalb wollen wir den Rechtsrahmen des neuen, digitalen gesellschaftlichen Zusammenlebens prägen!

Kapitel 1: Beziehungen zwischen Bürger und Staat

Die Beziehungen zwischen Staat und Bürger werden sich durch die Digitalisierung verändern. Aufgrund der im Internet jederzeit verfügbaren Informationen erstarkt das Bedürfnis der Menschen, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Eine hohe Vernetzung ermöglicht spontane Massenbewegungen – Hierdurch steigt auch das Interesse der Bürger, sich am politischen Prozess insgesamt zu beteiligen. Diese Senkung von Hemmschwellen und Zugangsbeschränkungen für politisches Engagement können Liberale nur begrüßen. Mit zunehmender Politisierung wird derzeit jedoch auch wachsende Kritik am System der parlamentarischen Demokratie

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 sichtbar.

2 **Digitale Demokratie:** Politische Partizipation außerhalb der Teilnahme an Wahlen ist
3 heute leider noch ein Minderheitenphänomen. Demokratie bedeutet aber, Kompro-
4 misse in einem fairen Interessenausgleich aller gesellschaftlichen Gruppen zu finden
5 – auch derjenigen, die sich über Wahlen hinaus nicht politisch engagieren wollen oder
6 können. Deshalb stellen wir nicht die Systemfrage, sondern halten an der repräsen-
7 tativen Demokratie fest und wollen sie – wo notwendig – reformieren. In direktdemokra-
8 tischen Elementen sehen wir zudem die Chance, das politische Interesse der Bürger
9 über sachliche Diskussionen mit dem System gewählter Volksvertreter zu versöhnen.

10 Alle staatlichen Institutionen müssen sich fortwährend öffnen. Dies bedeutet insbe-
11 sondere mehr Transparenz von Behörden und Ministerien. Außerdem fordern wir die
12 Veröffentlichung und digitale Zugänglichmachung aller vom Informationsfreiheitsge-
13 setz betroffenen Dokumente. Weiterhin soll der parlamentarische Gesetzgebungspro-
14 zess auch für direktdemokratische Elemente geöffnet werden. Das Petitionsrecht wol-
15 len wir mittels der Einführung von Volksbegehren stärken. Außerdem fordern wir die
16 Ausweitung und Erleichterung von Volksinitiativen und -Abstimmungen – auch über
17 haushaltswirksame Fragen – auf allen politischen Ebenen und begrüßen demokrati-
18 sche Pilotprojekte wie z.B. mit Liquid Democracy-Systemen oder kommunale Bürger-
19 haushalte. Die Kommunalpolitik schafft zudem oft den direkten Bezugspunkt zum All-
20 tag der Bürger, deshalb ist Transparenz hier besonders wichtig. So sollten Sitzungs-
21 unterlagen einfach digital zugänglich gemacht werden und Gemeinderatssitzung
22 grundsätzlich ins Internet gestreamt und archiviert werden.

23 Politische Parteien stehen vor der Herausforderung, die steigende Politisierung der
24 Menschen zu kanalisieren, um ein weiteres Auseinanderklaffen von Politik und Ge-
25 sellschaft zu vermeiden! Deshalb wollen wir selbst einfache, niedrigschwellige Partizi-
26 pationsmöglichkeiten einführen, auch themen- und kampagnenbezogen, die explizit
27 auch Nicht-Parteimitgliedern offen stehen sollen. Darüber hinaus wollen wir für eine
28 weitere Öffnung in Richtung innerorganisatorischer Transparenz einsetzen. Dazu ge-
29 hören auch Vorwahlen von Spitzenkandidaten sowie Mitgliederbefragungen bei wich-
30 tigen politischen Entscheidungen. Eine Totalüberwachung auch innerparteilicher Ar-
31 beit, beispielsweise über verpflichtendes Streaming von Sitzungen ins Internet lehnen
32 wir jedoch ab, da es die Handlungsfähigkeit der Parteien unverhältnismäßig beein-
33 trächtigen würde.

34 **Polizeiarbeit:** Die meiste im Internet verübte Kriminalität ist keine spezifische digitale
35 Kriminalität, gleichwohl verändern sich Gefahren durch Vernetzung und Digitalisie-
36 rung. Polizeiarbeit unterliegt im Internet derzeit nur unzureichend konkreten Grundla-
37 gen. Für uns gilt deshalb:

38 Ermittlungen im Internet dürfen nur im Rahmen der Rechte und Pflichten stattfinden,
39 die Ermittlungsarbeit auch außerhalb des Internets begrenzen. Nur weil Daten einfa-
40 cher verfügbar sind, darf der Rechtsweg zur Wahrung von Verhältnismäßigkeit und
41 Missbrauchskontrolle nicht eingeschränkt werden! Für das Verhalten von Ermittlern im
42 Internet gilt deshalb, dass grundsätzlich nur vollständig öffentliche Daten ohne neue
43 rechtsstaatliche Hürden für Ermittlungen benutzt werden dürfen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 Damit gemeint ist beispielsweise das Einschleichen in "Freundeskreise", geschlosse-
2 ne Mailinglisten oder andere Zirkel muss genauso wie verdeckte Ermittlungsarbeit im
3 "alten" öffentlichen Raum Hürden unterliegen. Dies gilt auch für Herausgabepflichten
4 und freiwillige Kooperation von Dienst Anbietern. Der private Vertrag mit einzelnen
5 Betreibern kann für Ermittler kein Blankoscheck für Datensammlung sein! Wie bei
6 Haus-, und Computerdurchsuchungen ist darauf zu achten, dass der Kernbereich pri-
7 vater Lebensführung unangetastet bleibt und die Ermittler die Eingriffe in die Grund-
8 rechte der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung und die Vertraulichkeit und
9 Integrität technischer Systeme achten. Eine anlasslose Speicherung personenbezo-
10 gener Daten lehnen wir deshalb sowohl durch die Polizeibehörden selbst als auch
11 durch Auflagen für private Unternehmen ab. Die Bedeutung personenbezogener Da-
12 ten gegenüber dem Staat wollen wir durch die ausdrückliche Aufnahme des Grund-
13 rechts auf informationelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz unterstreichen.

14 Sowohl bezogen auf klassische Ermittlungsarbeit als auch spezieller oder durch das
15 Internet erleichteter Kriminalität wie dem Eindringen in Computersysteme, dem Ab-
16 fangen von Datenverkehr aber auch der Verbreitung von Kinderpornographie besteht
17 derzeit ein eklatanter Mangel an technischer Infrastruktur und entsprechender Qualifi-
18 kation der Beamten. Dieser Missstand muss schnellstmöglich behoben werden.

19 Im Rahmen der Verbrechensaufklärung muss es auch im Internet erlaubt sein, krimi-
20 nelle Handlungen durch verdeckte Ermittlungen aufzudecken. Hierbei sollen Ermitt-
21 lungsbehörden zur Aufklärung schwerer Straftaten auch so genannte Honeypots ein-
22 richten dürfen, also Lockangebote, um sich in kriminelle Kreise einzuschleichen. Mit
23 deren Hilfe sollen sie in engen Grenzen und unter richterlicher Aufsicht auch selbst an
24 Rechtsverletzungen teilnehmen dürfen. Die Einrichtung von Honeypots, um lediglich
25 die hierdurch provozierte Straftat zu verfolgen, ist jedoch ausgeschlossen. Derartige
26 Straftaten dürfen nicht sanktioniert werden, da Sie das Vertrauen in den Rechtsstaat
27 und seine politische Institutionen untergraben.

28 Kriminelle Bedrohungen werden durch die steigende Vernetzung im Internet zuneh-
29 mend zu einem globalen Phänomen. Die Polizeiarbeit muss deshalb nicht nur besser
30 vernetzt sondern teilweise auch international zusammengelegt werden. Die Europol-
31 Behörde soll deshalb, sobald eine effektive rechtsstaatliche Kontrolle durch starke eu-
32 ropäische Institutionen möglich ist, eigene Polizeikompetenzen erhalten.

33 **Whistleblowing/Aufdecken von illegalem Verhalten:** Wie die zurückliegenden De-
34 batten um die Plattform Wikileaks zeigen, kann Staatsführung innen- und außenpoli-
35 tisch nur mit einem zeitlich begrenzten Recht auf Geheimhaltung funktionieren, um
36 Sicherheit, Frieden und Freiheit der Bürger zu schützen. Deshalb gilt: Die Weitergabe
37 geschützter Daten durch Amtsträger muss dienstrechtlich und ggf. strafrechtlich sank-
38 tionierbar sein. Nicht davon erfasst sein darf jedoch die Aufdeckung jedweden illega-
39 len Verhaltens staatlicher Stellen. Es muss sichergestellt werden, dass die Enthüller
40 von illegalem Verhalten im staatlichen Umfeld und Behörden unter keinen Umständen
41 straf- oder dienstrechtlich belangt werden können soweit ihr Verhalten zur Aufde-
42 ckung dieses Verhaltens notwendig war und keine anderen Rechtsgüter betroffen
43 sind. Die Beweislast für die Legitimität einer staatlichen Handlung muss in jedem Fall
44 beim Staat liegen, eine Abstufung nach Schwere des Verhaltens darf nicht erfolgen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3
........
überwiesen an:
Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 **Jugendschutz:** Jugendschutz ist zuallererst Elternaufgabe. Auch im Internet ist es
2 deshalb hauptsächlich Aufgabe der Eltern, ihren Kindern ausreichend Medienkompe-
3 tenz zur verantwortungsvollen Nutzung technischer Systeme zu vermitteln. Kinder
4 und Jugendliche können zwar auch auf öffentlichen Straßen nicht vor schädigenden
5 Einflüssen auf ihre Entwicklung vollständig bewahrt werden, die Möglichkeiten der EI-
6 tern hierzu sind jedoch im Internet ungleich höher, beispielsweise durch verantwor-
7 tungsvolle Anleitung und Beaufsichtigung bis hin zur Nutzung technischer Filterpro-
8 gramme.

9 Der Staat hat einerseits einen ergänzenden Erziehungsauftrag dort, wo elterliche Für-
10 sorge im Einzelfall versagt, und andererseits dort, wo diese strukturell nicht geleistet
11 werden kann. Diesem Erziehungsauftrag kommt er in allererster Linie durch das Bil-
12 dungswesen nach. Deshalb fordern wir die flächendeckende, umfassende Berück-
13 sichtigung von Medienkompetenz in allen Lehrplänen und allen Bildungsinstitutionen,
14 im Besonderen auch umfassend im Bereich der Erwachsenenbildung. Die zu vermit-
15 telnden Inhalte beziehen sich als Querschnittsaufgabe sowohl auf die Einordnung von
16 Informationen, den Umgang mit Journalismus und Nachrichten, aber auch auf das
17 Verhalten in sozialen Netzwerken und Sexualaufklärung. Die Einführung eines eigen-
18 en Schulfachs „Internet“ lehnen wir deshalb ab.

19 Wir sehen die Anbieter entwicklungsschädigender und deshalb indizierter Inhalte
20 trotzdem in der Pflicht. Sie müssen das ihrerseits Zumutbare zur Vermeidung eines
21 Zugriffs von Minderjährigen auf ihre Medien leisten. Die heutigen, strikten Regelungen
22 gehen jedoch weit über dieses zumutbare Maß hinaus, beispielsweise durch eine In-
23 dizierung oder eine umfassende Alterseinstufung mittels demokratisch unzureichend
24 legitimierter „Fachgremien“. Die öffentliche Diskussion über wirkungslose Scheinlö-
25 sungen wie z.B. bestimmter Zugangszeiten zu einzelnen Medien mittels des Jugend-
26 medienschutzstaatsvertrags oder sogar gefährlicher Scheinlösungen wie Netzsperrern
27 tragen zu diesem wenig konstruktiven Klima zusätzlich bei.

28 Dieses behindert vielfach in erster Linie die Meinungsfreiheit, aber auch Wettbewerbs-
29 fähigkeit deutscher Medienanbieter. Gleichzeitig sind nationale Sonderwege durch
30 den international regelungsresistenten Zugriff auf Informationen und Medien faktisch
31 wirkungslos. Die Provokation einer neuen Debatte über den Jugendschutz sehen wir
32 deshalb als Chance, den staatlichen Regelungsrahmen beispielsweise durch die Ab-
33 schaffung aufwendiger Verfahren zur Zugangskontrolle von Internetseiten zurückzu-
34 fahren und im Gegenzug wirksame elterliche Kontrolle einzufordern und zu ermögli-
35 chen sowie deutlich stärker als heute in Bildungseinrichtungen Medienkompetenz zu
36 vermitteln. Restriktion von Inhalten ist vor allem Aufgabe des Empfängers, hierfür ste-
37 hen heute schon wirksame Filterlösungen zur Verfügung. Im Zweifel muss sich die
38 Rechtsordnung für die freiere Publikation von Medien entscheiden und hierfür größere
39 Risiken in Kauf nehmen!

40 **Kapitel 2: Beziehungen zwischen den Bürgern**

41 Durch digitale Großkonzerne wie Facebook, Apple und Google, die mit ihren Produk-
42 ten und Dienstleistungen einen großen Einfluss auf unser Leben und Zusammenle-
43 ben ausüben, entstehen gegenwärtig Monopole, die einseitige Machtverhältnisse be-
44 gründen und sich nicht wie in anderen Branchen durch Wettbewerb oder kartellrecht-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 4

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 liche Kontrolle beseitigen lassen. Eine blanke Stigmatisierung dieser Unternehmen
2 lehnen wir jedoch ab. Dank Ihrer vielfach vollkommen kostenlos nutzbarer technischer
3 Innovationen wurde der gesamten Weltbevölkerung in den vergangenen Jahren auf
4 vielen gesellschaftlichen Ebenen ein großer zivilisatorischer Fortschritt ermöglicht.
5 Wegen dieses Spannungsverhältnisses müssen Staatsaufgaben auch bezüglich der
6 Beziehungen zwischen den Bürgern vielfach neu gedacht werden.

7 **Verbraucherschutz:** Grundsätzlich besteht kein Zwang zur Inanspruchnahme be-
8 stimmter Produkte oder Dienstleistungen. Im Rahmen gesetzlich garantierter Ver-
9 tragsfreiheit können die Akteure deshalb weitgehend beliebige Verträge schließen.
10 Gleichwohl gewinnt die Teilhabe am digitalen öffentlichen Raum auf gesellschaftlicher
11 Ebene an Bedeutung und beginnt, eine zumindest in einigen Teilbereichen ähnlich
12 grundlegende Bedeutung für unser Zusammenleben zu erhalten wie Arbeits- oder
13 Wohnverhältnisse, deren privatrechtliche Gestaltung durch den Verbraucherschutz
14 umfassend reglementiert wird.

15 Auf Ebene digitaler Produkte und Dienstleistungen fordern wir deshalb eine Stärkung
16 dieses Verbraucherschutzes. Dies soll zunächst durch die Schaffung eines außerge-
17 richtlichen Schiedssystems geschehen, das es Verbraucherschutzorganisationen und
18 Dienstleistern ermöglicht, in gemeinsamen Verhandlungen einen privaten Ausgleich
19 durch freiwillige Selbstverpflichtungen herzustellen. So sollen Verbraucherschutzor-
20 ganisationen die Interessen der Nutzer bündeln und gemeinsam mit Dienstleistern
21 Regelungen aushandeln können, beispielsweise zum Datenschutz, wo diese auf-
22 grund der großen Marktmacht einzelner Unternehmen über gesetzliche Vorgaben hi-
23 nausgehen müssen. Diese Absprachen sollen auch gerichtlich kontrollierbar sein.

24 **Datenschutz:** Neue Auflagen fordern wir zudem bei der Datenspeicherung. So müs-
25 sen personenbezogene Daten bei privaten Unternehmen unwiderruflich gelöscht wer-
26 den können, sobald keine Vertragsbeziehung mehr besteht. Hierfür sind allenfalls aus
27 technischen Gründen notwendige Übergangsfristen für Backups sowie aufgrund an-
28 derer gesetzlicher Vorschriften akzeptabel. Zudem müssen Unternehmen verpflichtet
29 werden, jederzeit ein optimales Schutzniveau für alle personenbezogenen Daten zu
30 gewährleisten. Datenklau und –missbrauch müssen mittels europaweit einheitlicher,
31 hoher Standards für den Schutz von Netzwerken und Daten durch Verschlüsselung
32 verhindert werden!

33 Für die Ausübung des schon heute verbrieften Auskunftsanspruchs über gespeicherte
34 Daten fordern wir die Errichtung einer unabhängigen Stelle zwischen Verbraucher
35 und Unternehmer, die die Identifikation und Legitimation zum Datenabruf überprüft
36 und den Unternehmen nur die notwendigen Informationen zur Erfüllung dieses Aus-
37 kunftsanspruchs zuleitet, um die Hemmschwelle der Nutzer zur Ausübung ihres
38 Rechts zu senken.

39 Zudem fordern wir die Zusammenlegung der Kompetenzen aller Datenschutzbehör-
40 den beim Bundesdatenschutzbeauftragten, um dessen Verhandlungsposition gegen-
41 über den Dienstleistern und seinen Einfluss in der öffentlichen Debatte zu stärken.
42 Nur noch ausschließlich landesspezifische Sachverhalte sollen von unabhängigen
43 Datenschutzbeauftragten in den Ländern behandelt werden.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 5
........
überwiesen an:
Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 Die Bedeutung von personenbezogenen Daten wollen wir zudem dadurch stärken,
2 dass ähnlich wie für geistiges Eigentum ein Recht auf Daten mit persönlichem Bezug
3 geschaffen wird, das gleichberechtigt neben anderen Eigentumsrechten steht. Hiermit
4 wollen wir Hürden für Handel und Verwertung von personenbezogenen Daten schaf-
5 fen. Der Verweis auf etwaige Urheberrechte an verwerteten, personenbezogenen Da-
6 ten darf kein Argument gegen Auskunfts- oder Löschanträge sein. Ein solches
7 Recht wollen wir deshalb im Zuge einer umfassenden Reform des geistigen Eigen-
8 tums europaweit einführen.

9 **Anonymität und Privatsphäre:** Grundsätzlich gilt: Jeder muss frei darüber entschei-
10 den können, wie er mit seinen Daten und seiner Privatsphäre umgeht. Dies kann auch
11 bedeuten, besonders viel von sich preiszugeben. Der extrem niedrigen Hemmschwel-
12 le zur Publikation von Informationen im Internet steht jedoch deren grundsätzliche
13 weltweite Verfügbarkeit und die Gefahr dauerhafter Speicherung entgegen. Dieses
14 Missverhältnis wird von vielen Nutzern derzeit nicht vollständig in ihr Verhalten im In-
15 ternet einbezogen. Durch vorurteilsfreie Bildungsarbeit müssen Verbraucherschutz
16 und der Staat durch das Bildungswesen jedoch die Grundlagen schaffen, dass diese
17 Entscheidungen verantwortungsvoll gefällt werden können und sich so ein Bewusst-
18 sein über die Rolle eigener Verantwortung in der digitalen Welt entwickelt.

19 Für den restlichen Rechtsrahmen darf ausschließlich maximale Anonymität und Pri-
20 vatsphäre Richtschnur sein. Es muss möglich sein, sich anonym im Internet zu bewe-
21 gen! Forderungen nach einer Klarnamen- oder Ausweispflicht im Internet lehnen wir
22 nachdrücklich ab. Ebenso fordern wir, dass Geldgeschäfte im Internet auch künftig,
23 beispielsweise mit Prepaid-Karten, anonym abgewickelt werden können. Auch im Su-
24 permarkt herrscht kein Zwang zur Preisgabe persönlicher Daten. Verkäufer und
25 Dienstleister, die ihre Dienstleistungen einem breiten Personenkreis anbieten, haben
26 deshalb über die für die Erfüllung ihrer vertraglichen Leistungspflicht notwendigen Da-
27 ten hinaus weder ein Interesse noch ein Recht auf personenbezogene Daten des
28 Kunden.

29 **Geistiges Eigentum:** Durch die einfache Verfügbarkeit aller Arten von Medien steht
30 die künstliche Konstruktion „geistigen Eigentums“ seit Beginn der Digitalisierung im
31 Zentrum einer hitzigen gesellschaftlichen Debatte. Leistungen und Ideen auch immate-
32 rieller Art temporär unter den Schutz der Rechtsordnung zu stellen hat sich in der
33 Vergangenheit als Innovations- und Wachstumsmotor bewiesen: Sowohl die Beschaf-
34 fung von Kapital für aufwendige Forschungs- und Kreativarbeit als auch die eigene
35 Motivation, sein Leben kulturellen oder wissenschaftlichen Zwecken zu widmen, hängt
36 entscheidend von der Schützbarkeit der Ergebnisse seiner Leistungen ab.

37 Die Regelungen für geistiges Eigentum haben sich in der Vergangenheit jedoch als
38 äußerst unflexibel erwiesen. Deshalb fordern wir eine europaweite Reform des geisti-
39 gen Eigentums mit der Schaffung von Standards für mehrere, abgestufte Lizenztypen.
40 Diese sollen ausgehend von der vollständigen Exklusivität als Regelfall über ver-
41 schiedene Creative-Commons-Lizenzen bis hin zur vollständigen Aufgabe aller exklu-
42 siven Nutzungsrechte eine einheitliche und unwiderrufliche Kennzeichnung immate-
43 rieller Güter und deren zweifelsfreie Handhabung ermöglichen. Diese Regelung soll
44 Rechtssicherheit schaffen, die in den vergangenen Jahren durch Entwicklung einer
45 Vielzahl an Lizenztypen verloren gegangen ist. Eine allgemeine Kulturflattrate lehnen

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 6

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 wir jedoch ab, da diese einerseits in technischer Hinsicht exzessive Bürokratie not-
2 wendig machen würde, andererseits aber auch einen funktionierenden Marktmecha-
3 nismus einseitig zugunsten der Konsumenten oder staatlicher Institutionen aushebelt.

4 **Verfolgung von Verstößen:** Abgekoppelt von der Frage des materiellen Urheber-
5 rechtsschutzes steht jedoch die Frage der Verfolgung von Verstößen hiergegen. Für
6 uns gilt: Es besteht ein Unterschied zwischen dem Diebstahl physischer, nicht repro-
7 duzierbarer Gegenstände und der unbefugten Vervielfältigung von Daten. Diese Un-
8 terscheidung drückt sich bereits heute z.B. im Strafrecht aus!

9 Rechteinhaber müssen Verstöße gegen ihre Schutzrechte einfach unterbinden kön-
10 nen. Hierfür steht zunächst das Zivilrecht mit Abmahnungen und der Aufforderung zur
11 Abgabe von Unterlassungserklärungen zur Verfügung. Derzeit werden viele in diesem
12 Zusammenhang stehende Fragen durch teilweise widersprüchliche Rechtsprechung
13 geregelt. Zudem hat sich in den vergangenen Jahren ein grauer Markt entwickelt, in
14 dem Verwertungsagenturen und Anwälte an der Grenze zum Rechtsmissbrauch agie-
15 ren. Wir fordern deshalb ein einfach verständliches, nachvollziehbares und verhält-
16 nismäßiges System, das die einfache Ermittlung von Streitwerten, stark begrenzte
17 Abmahnungskosten und umfassende Bagatellgrenzen beinhaltet. Es muss in jedem
18 Fall sichergestellt werden, dass diese zivilrechtlichen Maßnahmen innerhalb eines
19 sauberen rechtsstaatlichen Prozesses unter Aufsicht der Justiz erfolgen! Einen direk-
20 ten Durchgriff der Rechteinhaber auf potenzielle Rechtsverletzer ohne faires Verfah-
21 ren lehnen wir ab. Ebenso sprechen wir uns gegen eine Vermischung von Straf- und
22 Zivilrecht z.B. durch die Schaffung eines Strafschadensersatzes oder 3-Strikes-
23 Regelungen zur Sperrung von Internetanschlüssen aus.

24 **Störerhaftung:** Betreiber von interaktiven Internetangeboten wie Foren oder Blogs
25 sollen für von anderen Nutzern eingestellte Inhalte erst ab der zweifelsfreien Kenntnis
26 der Rechtswidrigkeit, beispielsweise ab einem Hinweis auf andere betroffene Rechts-
27 güter, haften. Dies muss eindeutig gesetzlich normiert werden. Eine Haftung von In-
28 ternetdiensteanbietern für den Internetverkehr ihrer Kunden ist für uns zudem ausge-
29 schlossen.

30 **DRM-Systeme:** Die technische Möglichkeit von Kopierschutz-Systemen (DRM-
31 Systeme) schafft die Notwendigkeit einer Verbraucherschutzpolitischen Kontrolle. Ins-
32 besondere der Bindung von Verbrauchern an bestimmte Hardware-Hersteller soll zu-
33 nächst durch die Schaffung europa- bzw. weltweiter Standards entgegengewirkt wer-
34 den, im Rahmen einer Reform des materiellen Rechts am geistigen Eigentum muss
35 zudem die Zulässigkeit von DRM-System bei der Lizenztypisierung berücksichtigt
36 werden. Des Weiteren muss der Weiterverkauf von privat genutzter Endverbraucher-
37 software stets gewährleistet sein – auch, wenn diese an Benutzerkonten oder ähnli-
38 ches gebunden ist.

39 **Urheberrechte und Bildung:** Gesellschaftlicher Fortschritt hängt nicht nur von der
40 Schützbarkeit geistiger Errungenschaften, sondern auch entscheidend von einem
41 leistungsfähigen Bildungswesen ab. Die Notwendigkeit, für seine Leistungen entlohnt
42 zu werden, wollen wir mit diesem wichtigen Ziel deshalb über die Einführung einer
43 Kulturfltrate für Schulen, Hochschulen und gleichwertige Bildungseinrichtungen in
44 Einklang bringen. Vorrang genießen für uns hierbei private Absprachen und Verhand-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 7

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

lungen der jeweiligen Träger mit den Rechteinhabern. Die heutigen Bemühungen insbesondere der Universitäten stoßen jedoch aufgrund mangelnder Verhandlungsbereitschaft der Rechteinhaber bereits auf niedrigem Niveau an Grenzen. Eine Kulturfltrate soll deshalb notfalls verpflichtend eingeführt werden. Zudem soll den Hochschulen und Bibliotheken ermöglicht werden ihre Nachfrage zu koordinieren und gemeinsam Lizenzen zu erwerben. Die hierfür notwendige Bürokratie und der Eingriff in Marktmechanismen sind aufgrund der geringen Anzahl potenzieller Nutzer weit geringer als im restlichen Urheberrechtsbereich und deshalb verhältnismäßig.

Besondere Relevanz erhält geistiges Eigentum zudem im Bereich staatlicher Bildung und Forschung. So werden beispielsweise an staatlichen Universitäten erstellte Lernmaterialien und Forschungsergebnisse zum überwiegenden Teil aus Steuermitteln finanziert. Abseits weniger durch fremde Leistungsschutzrechte geschützter Inhalte entstehen die meisten dieser Daten und Medien ausschließlich im internen Hochschulbetrieb an zumindest überwiegend staatlich finanzierten Lehrstühlen. Trotzdem stehen Sie meist nur den Studenten der jeweils aktuellen Lehrveranstaltung bzw. den beteiligten Forschern zur Verfügung.

Hochschulen sind einem allgemeinen Bildungsideal verpflichtet. Im Rahmen ihrer von der Allgemeinheit finanzierten Arbeit müssen deshalb alle zumutbaren Anstrengungen unternommen werden, Leistungen, von denen nicht ausschließlich die derzeit immatrikulierten Studenten oder beteiligten Forscher Gebrauch machen können, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Alle Begleitmaterialien zu Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren und sonstigen Lehrveranstaltungen müssen deshalb frei zugänglich im Internet und in zumutbarer Weise auf allen sonstigen Wegen verfügbar sein. Hiervon ausgenommen sind lediglich die Teile der Materialien, die durch außeruniversitäre Leistungsschutzrechte geschützt sind, sowie aus didaktischen oder prüfungsrechtlichen Gründen bezogen auf ihre Veröffentlichung unabdingbar mit zeitlicher Restriktion verbundene Materialien (z.B. Klausuren, Probeklausuren und deren Lösungen). Lehrstühle sollen Nutzungsrechte an Forschungsergebnissen nur für sehr kurze Zeit, zum Beispiel für ein Jahr, abtreten können, um Drittmittel akquirieren oder Veröffentlichungen sicherstellen zu können. Universitätsbibliotheken sollen zudem im Rahmen des geltenden Urheberrechts alle Anstrengungen unternehmen, ihren Bestand zu digitalisieren und zugänglich zu machen. Wünschenswert ist für uns auch das Streaming und ggf. die Archivierung aller frontalen Lehrveranstaltungen mindestens für die Studenten des entsprechenden Studiengangs.

Kapitel 3: Teilhabe an der Digitalen Gesellschaft: Zurück auf Los!

Die durch die Digitalisierung der Gesellschaft neu geschaffene Kommunikationswelt ist eine großartige Chance, Grenzen und Barrieren zwischen Menschen und ganzen Völkern aufzuheben. Gleichzeitig lässt Sie jedoch auch neue Barrieren zu denjenigen entstehen, die nicht an ihr teilhaben wollen oder können. Zunächst muss deshalb der Ausbau der Breitbandversorgung und der diskriminierungsfreie Zugang zu Ihnen durch das staatliche Gebot der Netzneutralität und der staatlichen Förderung des Netzausbaus vorangetrieben werden. Wir begrüßen zudem Initiativen, die Internetzugang im öffentlichen Raum möglich machen, beispielsweise im Nahverkehr oder in Bahnhöfen. Länder wie Estland zeigen, dass mit zumutbarem technischem Aufwand

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 8

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 eine nahezu flächendeckende kostenlose WLAN-Versorgung möglich ist!

2
3 Die den Digitalisierungsprozess begleitenden Debatten werden derzeit häufig von
4 technischen Fragen verdrängt. Wir Liberale wollen jedoch eine Debatte über Werte
5 führen. Wir nehmen die Herausforderung an, als politische aktive Menschen die Dis-
6 kussionen über die gesellschaftlichen Folgen zunehmender Vernetzung in politische
7 Konsequenzen zu formulieren. Gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft, auch mit
8 denjenigen, die sich nicht an digitaler Kommunikation beteiligen, wollen wir deshalb
9 vorurteilsfrei Werte und Übereinkünfte neu diskutieren – und so überfällige Verände-
10 rungen anstoßen.

11
12 Begründung:
13 Erfolgt mündlich.
14

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 9

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 14

Betr.: **Schultrojaner stoppen!**

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP Baden-Württemberg betrachtet den Anfang des Jahres von den Kultusministern der Länder mit den Schulbuchverlagen geschlossenen "Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG" mit großer Sorge. Wir lehnen die darin enthaltene Durchsuchung von Schulcomputern durch Plagiatssoftware der Schulbuchverlage ab und fordern die baden-württembergische Landesregierung auf, umfassend über den Einsatz des sogenannten "Schultrojaners" zu informieren und Stellung zu nehmen.

Begründung:

Der Vertrag erlaubt den Verlagen, mithilfe einer eigens gestellten Plagiatssoftware Speichersysteme der Schulen nach digitalen Kopien von Unterrichtsmaterialien zu durchsuchen. Zwar wird ausdrücklich erwähnt, dass es sich um eine technisch und datenschutzrechtlich unbedenkliche Software handeln muss, doch auf die Sicherstellung der Erfüllung dieser Kriterien wird nicht näher eingegangen. Auch rechtlich bewegt sich der Vertrag auf einem schmalen Grat. Eine komplette Durchsuchung des Computers ohne Einwilligung des betroffenen Lehrers verstößt nicht nur gegen das Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität eigengenutzter informationstechnischer Systeme, sondern kann theoretisch zu einer mittelbaren Überwachung der Lehrer und Schulangestellten führen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 15

Betr.: **Parlamentarische Kontrolle bei Rüstungsexporten stärken**

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP Baden-Württemberg fordert den Bundestag und die Bundesregierung dazu auf, durch Verfahrensänderung in den entsprechenden Gesetzen und ggf. dem Grundgesetz die parlamentarischen Kontrollrechte bei Rüstungsexporten zu stärken. Insbesondere muss die parlamentarische Kontrolle rechtzeitig vor einem Export erfolgen und nicht erst nachträglich im Rahmen der Diskussion des Rüstungskontrollberichtes, wenn sich die Rüstungsgüter meist schon im Bestimmungsland befinden.

Sollte es tatsächlich Bedarf an einer umfassenden Geheimhaltung bei bestimmten Rüstungsexporten geben, so ist auch an einen Parlamentsausschuss ähnlich dem parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages für verdeckte Einsätze oder Geheimdienste oder dem Ausschuss für Rüstungskontrolle des House of Commons zu denken, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 16

Betr.: Für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz

Antragsteller: Kreisverband Zollernalb

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der Weg der Kinderrechte in das Grundgesetz scheint steinig und schwer. Allein die Diskussion innerhalb der FDP dauert bereits mehrere Legislaturperioden an. Wir möchten heute den Antrag für die explizite Aufnahme der Kinderrechte in versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen. das Grundgesetz Artikel 6 (2) stellen und Sie um Ihre Zustimmung zum Antrag einer Grundgesetzänderung bitten.

Der bisherige Rechtszustand in Artikel 6 des Grundgesetzes lautet:

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten

(4)

(5).....

Damit ist Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 ein Grundrecht der Eltern. Kinder sind lediglich indirekt durch das Recht der elterlichen Sorge geschützt, aber Ihnen stehen hieraus keine Grundrechte zu. Juristisch formuliert: Kinder sind nach Artikel 6 nur „Regelungsgegenstand“ der Norm, also Objekte. Kinder werden nicht als Rechtssubjekte behandelt. Deshalb möchten wir dieses Recht der Eltern in ein Recht der Kinder umwandeln.

Neu (2): „Jedes Kind hat das Recht auf eine gewaltfreie und unbeschwerte Kindheit. Jedes Kind hat das Recht auf gesunde und altersgerechte Lebensbedingungen, auf Für- und Vorsorge für ein gesundes und kindgerechtes Aufwachsen und das Recht auf einen besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Dieses natürliche Recht ist den Eltern zugleich die zuvörderst obliegende Pflicht.

Begründung:

Wenn die Kinderrechte im Grundgesetz verankert würden, wäre damit unmissverständlich klargestellt, dass Kinder eigenständige Persönlichkeiten, mit eigenen Rechten und gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft sind, mit eigener Würde und auch dem Anspruch, ihre Individualität anzuerkennen. Kinder wären dann selbst Träger ihrer Rechte und Kinderrechte wären auch einklagbar, was sie momentan, im Gegensatz zu den Tierrechten lt. Artikel 20a GG, nicht sind.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

1 Das Grundgesetz ist die zentrale Berufungsinstanz in unserer offenen Gesellschaft
2 und es hat dadurch verhaltensnormierende Kraft. Darum ist das Grundgesetz auch
3 der richtige Ort, um die Kinderrechte explizit festzuschreiben und damit klar zu stellen:
4 Kinder sind keine Objekte mehr, Kinder sind Subjekte und die Kinder sind das Fun-
5 dament unseres Landes, unsere Zukunft. Ohne Kinder stirbt das Land der Dichter und
6 Denker aus.

7 Kinder sind auf die Fürsorge, die Verantwortung und die Pflege von Erwachsenen be-
8 sondern angewiesen. Kinder brauchen zudem den Schutz und die Hilfe ihres gesam-
9 ten Lebensumfeldes, um sich gut entwickeln zu können und eine gesunde Kindheit zu
10 erleben. Kinder müssen daher als eigene Persönlichkeiten mit eigenen Rechten,
11 Wünschen und Schutzbedürfnissen wahrgenommen werden. Die Achtung dieser
12 Rechte ist unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung eines Kindes hin zu ei-
13 nem selbständigen Erwachsenen und für ein gesundes Aufwachsen in Geborgenheit
14 und Sicherheit. Kinder müssen vor Vernachlässigung, Verwahrlosung oder Misshand-
15 lungen geschützt werden. Wir verzichten auf den bis dato bestehenden Passus der
16 Wächterfunktion der staatlichen Gemeinschaft, da bei dieser Pauschalregelung sich
17 weder Privatpersonen, noch die staatlichen Institutionen wirklich angesprochen und
18 verantwortlich zu fühlen scheinen. Anders wären die Morde am 2-jährigen Kevin in
19 Bremen, der 5-jährigen Lea-Sophie in Schwerin, des 6-jährigen Dennis aus Cottbus,
20 der 9-jährigen Anna aus Bad Honnef, von Jessica, Jaqueline, Daniel und vielen na-
21 menlosen Babys mitten in unserer Gesellschaft nicht geschehen. Wir möchten durch
22 diesen Antrag eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Rechte unserer Kin-
23 der anstoßen.

24
25 Die Wurzeln für die spätere Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden in der
26 Kindheit gelegt. Es gibt allerdings eine zunehmende Zahl von Erwachsenen, welche
27 mit der Erziehungssituationen jedoch überfordert sind und ihrer Verantwortung ge-
28 genüber ihren Kindern nicht mehr gerecht werden. Kinder leiden unter Armut, Vernachlässigung und Gewalt. Immer wieder wird von einem „kinderentwöhnten“ Land
29 oder von einer „Kultur der Kinderlosigkeit“ gesprochen. Die Fälle von Kindesmiss-
30 handlungen, d.h. von Vernachlässigung, seelischer oder emotionaler Misshandlung
31 und des sexuellen Missbrauchs von Kindern nehmen zu. 2010 wurden in der Krimi-
32 nalstatistik 11.867 Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern erfasst; die Zahl der
33 Misshandlung von Kindern lag bei 3.738 Fällen. 36.400 Kinder und Jugendliche wur-
34 den von Jugendämtern in Obhut genommen. Zahl stark ansteigend. Darüber hinaus
35 steigt ebenfalls die Kinderarmut in Deutschland. Nach Angaben des Kinderschutz-
36 bundes leben mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland auf Sozi-
37 alhilfeniveau; für diese Kinder ist es besonders schwierig, einen qualifizierten Schul-
38 abschluss und somit eine solide Berufsausbildung oder gar ein Studium zu absolvie-
39 ren.
40

41
42 Angesichts dieser Entwicklung brauchen wir eine veränderte sensiblere Wahrneh-
43 mung von Kindern in der Gesellschaft. Das Wohl der Kinder muss im Vordergrund
44 stehen. Kinderrechte und der Schutz von Kindern sollen daher endlich nachprüfbar
45 auch in Deutschland umgesetzt werden. Rechte von Kindern werden als eigenständi-
46 ge Belange gelten und nicht nur einen Teil allgemeiner menschenrechtlicher Anstren-
47 gungen darstellen oder aus den Elternrechten abgeleitet sein, zumal viele Rechte
48 ausschließlich oder in besonderer Weise nur für Kinder gelten, wie das Recht auf Bil-

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1 dung oder das Recht auf Kontakt zu den Elternteilen. Wir befinden uns dabei schon
2 auf dem richtigen Weg. Aufgrund einer Initiative der FDP-Bundestagsfraktion wurde
3 2011 nach 20 Jahren endlich die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention
4 zurück genommen.
5 Das bedingungslose Eintreten für die Bürgerrechte ist eines der Brot & Butter Themen
6 der FDP. Kinder sind Bürger. Kinder haben Rechte. Gehört es doch zu unserem libe-
7 ralen Urverständnis, dass wir uns für die Rechte aller Bürger einsetzen. Daher möch-
8 ten wir mit diesem Antrag erreichen, dass die Landesgruppe Baden-Württemberg,
9 ausgestattet mit einem starken Mandat, den Antrag zur Aufnahme der Kinderrechte
10 ins Grundgesetz Artikel 6 Absatz 2 im Deutschen Bundestag stellen möge.
11

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

Antrag Nr. 17

Betr.: **Bildungspolitik**

Antragsteller: Hedwig Jundt, Klaus Brodbeck, Dr. Johannes Huber, Carsten Erhardt,
Amalia Lindt-Herrmann, Matthias Kappis, Jan Sachs

Der Landesparteitag möge beschließen...

Das dreigliedrige Schulsystem mit seiner Durchlässigkeit soll erhalten bleiben und darauf aufbauend, weiterentwickelt werden.

Der Landesvorstand möge prüfen, ob eine Beibehaltung, notfalls durch einen Bürgerentscheid, erreicht werden kann.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 18

Betr.: Familienpolitik

Antragsteller: Hedwig Jundt, Klaus Brodbeck, Dr. Johannes Huber, Carsten Erhardt,
Amalia Lindt-Herrmann, Matthias Kappis, Jan Sachs

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit der Familie in Fragen der Pflege und Erziehung ihrer Kinder geschützt und erhalten wird.

Entsprechend fördernde Maßnahmen (wie z. Bsp. Familiensplitting) sollen entwickelt werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 19

Betr.: **Finanzpolitik**

Antragsteller: Jan Sachs, Klaus Brodbeck, Dr. Johannes Huber, Carsten
Erhardt,
 Hedwig Jundt, Amalia Lindt-Herrmann, Matthias Kappis,

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der Landesvorstand wird beauftragt sich dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag der Bundestagsfraktion, mit der CDU / CSU ausgehandelte Steuervereinbarungen unverzüglich umgesetzt werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Antrag Nr. 20

Betr.: Internetdemokratie

Antragsteller: Klaus Brodbeck, Dr. Johannes Huber, Carsten Erhardt,
Hedwig Jundt,
Amalia Lindt-Herrmann, Matthias Kappis, Jan Sachs

Der Landesparteitag möge beschließen...

Es wird eine innerparteiliche Kommission eingesetzt, die Möglichkeiten einer stärken basisdemokratischen Beteiligung der Parteimitglieder durch Nutzung der Möglichkeiten des Internets auslotet und dem nächsten Landesparteitag dazu eine Konzeption einschließlich einen Formulierungsvorschlag für eine entsprechende Satzungsänderung der Landespartei vorlegt.

Begründung:

Das Internet bietet heute viele technische Möglichkeiten, um eine große Anzahl von Menschen in kurzer Zeit zu erreichen und mit Ihnen zu kommunizieren. Als demokratische Partei, die sich in öffentlichen Erklärungen immer wieder zur sog. "Graswurzel-demokratie" bekennt, würde es der FDP gut anstehen, wenn sie sich die neuen Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu Nutze machen würde und ihren Mitgliedern dadurch deutlich mehr Beteiligungsrechte an grundlegenden innerparteilichen Entscheidungen oder bedeutsamen Anliegen der Landes- und Bundespolitik ermöglichen könnte. Hierzu wären von der vom Landesvorstand einzuberufenden Kommission eine Reihe von grundlegenden Fragestellungen zu klären, namentlich u.a.

- Welche technischen Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung gibt es?
- Welche datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen sind zu beachten?
- Welche technischen Voraussetzungen müssen dafür innerhalb der Geschäftsstelle des Landesverbandes geschaffen werden?
- Welche personellen Ressourcen sind dafür erforderlich?
- Welche Kosten entstehen insgesamt?
- Wie würden die einzelnen technischen Umsetzungsschritte aussehen?

Die FDP wäre mit der Umsetzung dieses Vorschlags die erste demokratische Partei in Deutschland, die Ihren Mitgliedern ein solch attraktives basisdemokratisches Angebot machen würde. Der Landesparteitag wird deshalb gebeten, entsprechend zu beschließen.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 1

Betr.: **Satzungsänderung**

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze **§ 4** Erwerb der Mitgliedschaft

Füge Absatz 6 neu ein:

„Die Mitgliedschaft kann in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag auch unmittelbar bei der Landespartei bestehen oder erworben werden. Diese Anträge bedürfen der Genehmigung des Landesvorstandes, der über sie im Benehmen mit dem zuständigen Bezirksverband entscheidet. „

Absatz 6 alt wird 7 neu

Absatz 7 alt wird 8 neu

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 2

Betr.: **Satzungsänderung/Änderung der Geschäftsordnung**

Antragsteller: Sascha Fiek und Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

I. **Satzungsänderung**

Ersetze die Absätze 1 und 2 des **§ 14 Teilnahme** in der Landessatzung durch:

(1) Jedes Mitglied der Partei ist berechtigt, am Landesparteitag teilzunehmen und hat Rederecht.

(2) Durch Parteitagsbeschluss kann sowohl die Teilnahme als auch das Rederecht auf die jeweils stimmberechtigten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstands beschränkt werden.

II. **Änderung der Geschäftsordnung**

Ersetze **§11 Abs. 2:**

Wortmeldungen von Gästen, die nicht Parteimitglieder sind, sind durch ein Mitglied des Organs dem Versammlungsleiter vorzubringen und bedürfen der Zustimmung des Organs. (Anmerkung: Bisher bezog sich dieser Absatz auch auf nicht redeberechtigte Mitglieder)

Begründung:

In der bisherigen Fassung der Satzung ist das Rederecht bei Landesparteitagen auf die Delegierten, den Landesvorstand, die Landtagsfraktion und auf die Vorsitzenden der Vorfeldorganisationen beschränkt.

Im Zuge einer Öffnung der Partei hin zu mehr Mitgliederbeteiligung und Mitglieder motivation sehen es die Antragssteller als sinnvolle Lösung an, dass künftig auch einfache Mitglieder, die nicht als Delegierte gewählt sind, zumindest Rederecht erhalten. Bisher musste dazu jeweils ein eigener Beschluss gefasst werden. Dies stellt jedoch eine große Hürde dar, da das am Landesparteitag teilnehmende Mitglied im Vorfeld gar nicht weiß, ob es sprechen dürfen.

Erhalten bleibt weiterhin die Möglichkeit, in Sonderfällen sowohl die Teilnahme als auch das Rederecht auf die Delegierten und den Landesvorstand zu beschränken.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

**108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN
STUTT GART**

Satzungsänderungsantrag Nr. S 3

Betr.: Satzungsänderung

**Antragsteller: Dr. Wolfgang Weng, Irene Ritter, Bärbl Maushart, Katinka
Marx,
 Jörg Brehmer, Richard Drautz, Martin Müller, Albrecht Braun, Dirk
Nebel**

Der Landesparteitag möge beschließen...

Füge in **§14 Absatz 2 Zeile 5** hinter „des Landesbands Liberaler Frauen“ ein:

**„, des Landesverbands LiMiD e.V. (Vereinigung Liberaler Männer in Deutsch-
land)“**

**Begründung:
Erfolgt mündlich**

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 4

Betr.: Satzungsänderung/Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Landesvorstand Liberale Frauen Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

I. Satzungsänderung:

§ 14 Teilnahme

Anfügen eines Satzes 4, so dass die Neufassung des Absatzes 3 b lautet:
(3 b) vierhundert Delegierte. Davon werden zweihundert nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl der Kreisverbände und zweihundert nach dem Verhältnis der für die FDP bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimmen auf die Kreisverbände aufgeschlüsselt. Die dem jeweiligen Kreisverband danach zustehende Zahl von Delegierten wird ermittelt, indem Mitgliederzahl und Wählerstimmen des Kreisverbandes mit 200 multipliziert und die Ergebnisse durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes bzw. die Gesamtzahl der Wählerstimmen für die FDP im Land dividiert werden. Für die Aufteilung der Delegierten nach der Mitgliederzahl der Kreisverbände wird jeweils der Stand vom 30. September des Vorjahres zugrunde gelegt. **Bei der Wahl der Delegierten sind Frauen und Männer entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft im jeweiligen Kreisverband zu berücksichtigen.**

§ 17 Aufgaben des Landesparteitages

Anfügen eines Satzes 3, so dass die Neufassung des Absatzes 5 lautet:
(5) Die Wahl der Delegierten für die Bundesparteitage erfolgt in zwei Abteilungen. In der ersten Abteilung werden je Bezirk so viele Delegierte gewählt, wie Kreisverbände bzw. Zählgemeinschaften im Gebiet des Bezirks bestehen. In der zweiten Abteilung werden die restlichen auf die Bezirke entfallenden Delegierten gewählt. **Bei der Wahl der Delegierten sind Frauen und Männer entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft entsprechend zu berücksichtigen.**

§ 17 a Landesvertreterversammlung

Anfügen eines Satzes 3, so dass die Neufassung des Absatzes 4 lautet:
(4) Stimmberechtigt sind 400 Delegierte. Die Aufschlüsselung auf die Kreisverbände erfolgt gemäß § 14 Absatz 3 b der Landessatzung. **Bei der Wahl der Delegierten sind Frauen und Männer entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft im jeweiligen Kreisverband zu berücksichtigen.**

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 1

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

§ 18 Landeshauptausschuss

Anfügen eines Satzes 4, so dass die Neufassung des Absatzes 1 a lautet:

(a) 100 Delegierten. Davon werden 50 nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl der Kreisverbände und 50 nach dem Verhältnis der für die FDP bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimmen aufgeschlüsselt. Für die Aufschlüsselung gilt das in § 14 Absatz 3 b beschriebene Verfahren entsprechend. Die Aufteilung der Delegierten nach der Mitgliederzahl der Kreisverbände wird jeweils nach dem Stand vom 30. September des Vorjahres durchgeführt. **Bei der Wahl der Delegierten sind Frauen und Männer entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft im jeweiligen Kreisverband zu berücksichtigen.**

II. Änderung der Geschäftsordnung

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 5

Absatz 2 ist um einen Satz zu ergänzen, so dass die Neufassung des Absatz 2 lautet:
(2) Die Beisitzer des Landesvorstandes werden schriftlich und geheim in zwei Abteilungen gewählt. In der ersten Abteilung werden so viele Beisitzer gewählt, wie gemäß § 10 Absatz 4 der Landessatzung Bezirke bestehen. Die zweite Abteilung besteht aus 12 Beisitzern. **Bei der Wahl der Beisitzer sind Frauen und Männer entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft zu berücksichtigen.**

Begründung:

Die Mitgliederversammlung der Landesvereinigung Baden-Württemberg hat sich am 24. September 2011 ausführlich mit der Beteiligung von Frauen und Männer an der Arbeit der FDP befasst. Die Wahlergebnisse – zuletzt bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg – zeigten deutlich, dass die FDP vor allem Frauen als Wählerinnen nicht bzw. in nicht ausreichendem Maße gewinnen kann. Deshalb sind dringend Maßnahmen zu ergreifen, die aufzeigen, dass die FDP attraktiv für Frauen und Männer gleichermaßen ist. Dies geschieht sowohl über Inhalte als auch Personen. Daher ist es dringend erforderlich, Frauen und Männer auf allen Ebenen der Partei in Führungsfunktionen entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sind.

Um den Beschluss der Mitgliederversammlung („Der Landesparteitag möge beschließen, Führungsfunktionen auf allen Ebenen der Partei sollen entsprechend dem Geschlechteranteil an der Mitgliedschaft besetzt werden. Dies gilt auch für die Wahl der Delegierten zu Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag.“) umzusetzen, sind umfangreiche Änderungen der Satzung und der Geschäftsordnung erforderlich.

Grabenstetten, 28. November 2011

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 2

........

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

1
2
3

Jutta Pagel-Steidl, Landesvorsitzende Liberale Frauen Baden-Württemberg

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch 3

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTTGART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 5

Betr.: Satzungsänderung/Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Liberale Frauen Baden Württemberg und Dr. Wolfgang Weng, Irene Ritter, Bärbl Maushart, Katinka Marx, Jörg Brehmer, Albrecht Braun, Bärbel Wagner,

Der Landesparteitag möge beschließen...

I. Satzungsänderung

Ändere **§ 21 Abs. 1 a**

2. den **vier** ~~drei~~ stellvertretenden Vorsitzenden

II. Änderung der Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung unter III. Wahlen in **§ 5 Abs. 1** wird geändert wie folgt:

1. Der Landesvorsitzende, die stellvertretenden Landesvorsitzenden, der Schatzmeister und der Generalsekretär werden in schriftlicher, geheimer Wahl gewählt, **die stellvertretenden Landesvorsitzenden in zwei Wahlgängen, wobei im ersten Wahlgang zwei Frauen, im zweiten zwei Männer zu gleichberechtigten Stellvertretern gewählt** werden. Bei diesen Wahlen.....

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 6

Betr.: Satzungsänderung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze **§ 23 Absatz 1** wie folgt:

(1) Der Landesvorstand führt die laufenden Geschäfte der Partei. Er beschließt über alle politischen und organisatorischen Fragen auf der Grundlage der Beschlüsse des Landesparteitages und Empfehlungen des Landeshauptausschusses; **hierzu kann er, auch im elektronischen Verfahren, die Mitglieder befragen.** Gegen Ausgabenbeschlüsse kann der Landesschatzmeister Einspruch erheben. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung bis zur nächsten Sitzung.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 7

Betr.: Satzungsänderung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze § 23a wie folgt:

(1) Der Landesparteitag, der Landeshauptausschuss **oder der Landesvorstand** können mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten ~~oder 15 Kreisverbände~~ beschließen, dass ein Antrag der Entscheidung aller Mitglieder des Landesverbands unterstellt wird (Mitgliederentscheid). **Ein Mitgliederentscheid ist außerdem durchzuführen, wenn mindestens 10 Kreisverbände ihn betragen.**

Der Landesvorstand hat das Recht, zusammen mit der beantragten Formulierung einen Alternativantrag zur Abstimmung zu stellen. Die Kreisverbände sind gehalten, zum Thema des jeweiligen Mitgliederentscheids Informationsveranstaltungen durchzuführen.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 8

Betr.: Satzungsänderung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ändere § 23a Abs. 3 wie folgt:

(3) Über einen Antrag können die Mitglieder des Landesverbandes einen Mitgliederentscheid beantragen (Mitgliederbegehren). Ein Mitgliederbegehren muss schriftlich eingereicht werden; es muss die zur Entscheidung zu bringende Frage in einer eindeutig mit Ja oder Nein zu beantwortenden Form sowie eine Begründung enthalten. Es muss von mindestens ~~7,5%~~ **5%** der Mitglieder des Landesverbandes unterzeichnet sein.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 9

Betr.: **Satzungsänderung**

Antragsteller: Sascha Fiek und Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ersetze im **§23a** Mitgliederentscheid in Absatz 6 die Zahl **25** durch **20**

Begründung:

Ein wesentliches Ziel der angestrebten Satzungsreform war es, die Mitgliederbeteiligung auch durch Erleichterungen bei Mitgliederentscheiden zu stärken. In einem Parallelantrag soll so zum Beispiel das Quorum für die Vorstufe des Entscheids, dem Begehren, gesenkt werden. Behält man jedoch das bisherige Quorum von 25 % bei, um einen Entscheid verbindlich werden zu lassen, steht zu befürchten, dass diese Hürde zu hoch ist und nicht erreicht wird. Schließlich müssten sich dann, zum Beispiel bei einem Kopf an Kopf Rennen, fast 50 Prozent der Mitglieder an dem Entscheid beteiligen. Für die Antragssteller ist daher eine moderate Absenkung des Quorums nötig, damit Mitgliederentscheide künftig eine echte Chance auf Erfolg haben.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 10

Betr.: Satzungsänderung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze § 23a wie folgt:

(7) neu: **Der Landesvorstand, ein Landeshauptausschuss oder ein Landesparteitag kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten oder auf Antrag von 15 Kreisverbänden beschließen, über die Wahl der/des Landesvorsitzenden unter Beteiligung aller Mitglieder des Landesverbandes schriftlich ein unverbindliches Meinungsbild einzuholen. Absatz 5 gilt entsprechend. Das Ergebnis des Meinungsbildes wird den Delegierten spätestens 10 Tage vor dem darauffolgenden Landesparteitag mitgeteilt.**

(8) neu(7 alt): Das Nähere regelt die **eine** Geschäftsordnung

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 11

Betr.: Satzungsänderung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Fasse §24 wie folgt neu:

(1) Der Landesvorstand hat das Recht und auf Beschluss des Landesparteitages die Pflicht, zur Bearbeitung besonderer Fragen Fachausschüsse oder Kommissionen einzusetzen und sie wieder aufzulösen. Die Fachausschüsse sind dem Landesvorstand zugeordnete Beratungsgremien.

(2) Jedes Parteimitglied kann Mitglied in Fachausschüssen werden. Die Fachausschussmitglieder werden durch den Landesvorstand oder durch Beschluss eines Kreis- oder Bezirksvorstandes bestimmt. Die Fachausschussmitglieder wählen den Vorsitzenden und seine Stellvertreter für die Dauer der Wahlperiode des Landesvorstandes aus ihrer Mitte. Der Landesvorstand kann die Vorsitzenden oder die vom Fachausschuss bestimmten Stellvertreter zu seinen Beratungen hinzuziehen.

(3) Der Landesvorstand kann Kommissionen einsetzen. Ihre stimmberechtigten Mitglieder werden durch den Landesvorstand bestimmt. Den Kommissionen gehört jeweils mindestens ein Vertreter des Landesvorstandes an. Der Landesvorstand bestimmt den Vorsitzenden und kann ihn zu seinen Beratungen hinzuziehen.

(4) Jedes Mitglied der FDP Baden-Württemberg hat das Recht, an allen Sitzungen des Fachausschusses teilzunehmen. Es kann einen schriftlichen Antrag zur Befassung im Landesfachausschuss stellen (Mitgliederschreiben).

(5) Jeder Ausschuss und jede Kommission der Partei hat das Recht, bei der Besprechung bestimmter Fragen oder für die Dauer der Wahlperiode des Fachausschussvorstandes Sachverständige mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

(6) Resolutionen oder Verlautbarungen haben die Fachausschüsse und Kommissionen dem Landesvorstand zuzuleiten.

(7) Die Vorsitzenden der Fachausschüsse und Kommissionen können sich im Einvernehmen mit dem Landesvorsitzenden oder seinem Vertreter für ihren Fachausschuss öffentlich äußern.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 12

Betr.: Satzungsänderung/Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Satzungskommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänzung § 33 Abs.1 Landessatzung am Ende:

„Änderungsanträge zu Satzungsänderungen müssen spätestens zwei Wochen vor dem Parteitag eingereicht werden.“

Ändere §8 Abs. 3 Geschäftsordnung wie folgt:

(3) Anträge zum Landesparteitag sind spätestens ~~fünf~~ **vier** Wochen vor Beginn des Parteitages schriftlich bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen, die sie den Bezirken und Kreisverbänden spätestens drei Wochen vor Parteitagsbeginn zuleitet. Anträge an den Landeshauptausschuss **und Änderungsanträge zu Satzungsänderungsanträgen mit dem gleichen Beratungsgegenstand** sind spätestens zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich an die Landesgeschäftsstelle einzureichen, die sie den ~~Mitgliedern des Landeshauptausschusses~~ **Delegierten** unverzüglich zuleitet.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 14

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ersetze § 8 Abs .1 durch (Fettgedruckte Stellen markieren die Änderung):

(1) Anträge zur Behandlung durch den Landesparteitag können vom Landesvorstand, von der Landtagsfraktion, vom Vorstand jedes Bezirkes und Kreisverbandes, von jedem Landesfachausschuss, vom Landesvorstand der Jungen Liberalen, vom Landesvorstand der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, vom Landesvorstand Liberaler Frauen, vom Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen, vom Landesvorstand des Landesverbandes Liberaler Senioren, vom Landesvorstand der Liberalen Initiative Mittelstand **und von jedem Mitglied der FDP Baden-Württemberg** gestellt werden.

Anträge zur Behandlung im Landeshauptausschuss können vom Landesvorstand, von der Landtagsfraktion, vom Vorstand jedes Bezirkes und Kreisverbandes, von jedem Landesfachausschuss, vom Landesvorstand der Jungen Liberalen, vom Landesvorstand der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, vom Landesvorstand Liberaler Frauen, vom Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen, vom Landesvorstand des Landesverbandes Liberaler Senioren, vom Landesvorstand der Liberalen Initiative Mittelstand und von **jedem Mitglied der FDP Baden-Württemberg** gestellt werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 15

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

I. Ergänze **§8 Abs. 1** wie folgt:

(1) Anträge zur Behandlung durch den Landesparteitag können vom Landesvorstand, von der Landtagsfraktion, vom Vorstand jedes Bezirkes und Kreisverbandes, von jedem Landesfachausschuss, vom Landesvorstand der Jungen Liberalen, vom Landesvorstand der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, vom Landesvorstand Liberaler Frauen, vom Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen, vom Landesvorstand des Landesverbandes Liberaler Senioren, vom Landesvorstand der Liberalen Initiative Mittelstand und von fünf Delegierten gemeinsam gestellt werden.

Tausend Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg können beim Landesvorstand ein schriftliches Begehren auf Einbringung eines Antrags auf dem Landesparteitag stellen, über dessen Einbringung der Landesvorstand entscheidet (Bürgerantrag).

Anträge zur Behandlung im Landeshauptausschuss können vom Landesvorstand, von der Landtagsfraktion, vom Vorstand jedes Bezirkes und Kreisverbandes, von jedem Landesfachausschuss, vom Landesvorstand der Jungen Liberalen, vom Landesvorstand der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, vom Landesvorstand Liberaler Frauen, vom Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen, vom Landesvorstand des Landesverbandes Liberaler Senioren, vom Landesvorstand der Liberalen Initiative Mittelstand und von drei Delegierten gemeinsam gestellt werden.

II. Ergänze **§ 9** um einen weiteren Absatz:

Über die Behandlung von Bürgeranträgen ist unverzüglich nach der Befassung im Landesvorstand und ggf. auf dem Landesparteitag zu berichten.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

**108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN
STUTT GART**

Satzungsänderungsantrag Nr. S 16

Betr.: **Änderung der Geschäftsordnung**

Antragsteller: Satzungskommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze § 8 wie folgt:

(6 neu) Anträge zum Landesparteitag, mit Ausnahme der Dringlichkeitsanträge, bedürfen einer schriftlichen Begründung. Die Möglichkeit zur mündlichen Begründung auf dem Parteitag bleibt davon unberührt. Zu allen behandelten Anträgen können bis zur Beschlussfassung Änderungs- und Ergänzungsanträge gestellt werden. Die Begründungspflicht entfällt für Änderungs- und Ergänzungsanträge.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 17

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Satzungskommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze **§ 8 Absatz** wie folgt:

(6 neu) Anträge zum Landesparteitag, mit Ausnahme der Dringlichkeitsanträge, bedürfen einer schriftlichen Begründung. Die Möglichkeit zur mündlichen Begründung auf dem Parteitag bleibt davon unberührt. Zu allen behandelten Anträgen können bis zur Beschlussfassung Änderungs- und Ergänzungsanträge gestellt werden. Die Begründungspflicht nach Abs. 6 entfällt für Änderungs- und Ergänzungsanträge.

Änderungsanträge, die später als 14 Tage vor dem Parteitag eingehen, werden den Delegierten nicht mehr vor dem Parteitag schriftlich zugestellt.

(7 neu) Anträge können auch im elektronischen Verfahren § 14 Abs. 3 entsprechend an die Delegierten versandt werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 18

Betr.: **Änderung der Geschäftsordnung**

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Füge in **§ 9** folgenden Absatz an:

(3) Der Bericht des Landesvorstands nach § 17 Abs. 2 Ziff. 1 b) der Satzung (Bericht über die Beschlüsse des Landesparteitages) soll auch durch Bereitstellung im Internet erfolgen.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 19

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Füge einen **§ 9a** ein:

§ 9a - Elektronisches Verfahren bei Abstimmungen und Wahlen

Soweit nach der Satzung oder dieser Geschäftsordnung für Abstimmungen oder Wahlen die Schriftlichkeit vorgesehen ist, kann diese durch Beschluss des jeweils zuständigen Organs durch die elektronische Form ersetzt werden. Durch Beschluss des jeweils zuständigen Organs können Anträge auch zur Abstimmung im elektronischen Verfahren überwiesen werden. Der Landesvorstand beschließt, welche elektronische Technik eingesetzt werden kann und eine Verfahrensordnung, in der Regelungen zur Gewährleistung der Geheimhaltung und zur Nachprüfbarkeit des Wahlergebnisses enthalten sein müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 20

Betr.: **Änderung der Geschäftsordnung**

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Füge in **§ 10 Absatz 2 als Satz 3** ein:

Der Landesvorstand kann nur einen Leitantrag einbringen.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 21 A

Betr.: **Änderung der Geschäftsordnung**

Antragsteller: Strukturkommission, durch den Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Füge in § 13 am Ende ein:

Über die Beschlüsse des Landesvorstandes ist ebenfalls eine Niederschrift zu fertigen. Wenn die Niederschrift nicht durch Beschluss des Landesvorstands für vertraulich erklärt wurde, kann diese in einen nur für Mitglieder zugänglichen, sicheren Bereich im Internet eingestellt werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

108. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2012 IN STUTT GART

Satzungsänderungsantrag Nr. S 21 B

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller: Sascha Fiek und Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ergänze in §13 Fristen und Protokolle um einen Absatz:

Über die Beschlüsse des Landesvorstandes ist ebenfalls eine Niederschrift zu fertigen. Wenn die Niederschrift nicht durch Beschluss des Landesvorstands für vertraulich erklärt wurde, ist diese in einen nur für Mitglieder zugänglichen, sicheren Bereich im Internet einzustellen.

Begründung:

Im Zuge der Schaffung von mehr Transparenz sollen künftig die Mitglieder grundsätzlich die Möglichkeit haben, sich über die Arbeit des Landesvorstands zu informieren, in dem Sie die Beschlussprotokolle des Landesvorstands einsehen können. In einem Alternativantrag ist bislang nur eine Kann-Vorschrift vorgesehen. Eine solche Formulierung ist jedoch zu schwammig und bietet keinerlei Gewähr dafür, dass überhaupt solche Protokolle veröffentlicht werden.

angenommen abgelehrt zurückgezogen erledigt durch

.....

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig